Wie ist eine lebenswerte Zukunft möglich?

Linz, April 2023

Werner Ginzinger

Die PDFs der Präsentation (Handzettel zum Ausdrucken, Bildschirmversion zur Nutzung mit dem PDF-Präsentationsmodus) sind kostenlos unter den „Downloadoptions“ folgender Seite des Internet Archives verfügbar: https://archive.org/details/lebenswerte_zukunft-text-v3/

Willkommen zu meiner Präsentation „Wie ist eine lebenswerte Zukunft möglich?“

Themenübersicht:

- Was kosten uns faire Wirtschaftsbeziehungen?
- Ohne gerechtere globale Ordnung keine Lösung der Schwierigkeiten im Migrationsbereich.
- Schummeln gilt nicht - die Klimakrise wird nur in redlicher internationaler Zusammenarbeit gelöst.
- Resiliente Lieferketten.
- Das Märchen vom grünen Wachstum und Rebound-Effekte.
- Exkurs: Grüner Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika?
- Bevorstehender Engpass bei den "Humanressourcen".
- Reduktion des Bedarfs und die Problematik der vorzeitigen Obsoleszenz.
- Nachhaltige Lebensmittelversorgung.
- Reform der Finanzierung und Eigentumsverhältnisse im Medienbereich.
- Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls.
- Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen.
- Notwendige Korrekturen im Bereich der Vermögensverhältnisse.
- Die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates jenseits des Wachstumsparadigmas.
- Die Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen.
- Abschließende Bemerkungen.

Hier ein Überblick. Zwischen den aufgelisteten Themen bestehen zahlreiche Verknüpfungen, sodass vieles nicht unabhängig von anderem lösbar ist. Ohne eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung gibt es keine langfristige Antwort auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen. Auch die Klimakrise kann nur in internationaler Kooperation gemeistert werden. Resiliente Lieferketten werden nur zu realisieren sein, wenn der Wahn von immer noch größeren Profiten aufgegeben wird. Das Märchen von beständigem grünen Wachstum hält einem Realitätsheck schlicht nicht stand. Beim Thema "Grüner Wasserstoff aus Afrika" zeigt sich wieder einmal, dass man sehr oft um eine genaue Betrachtung der Details nicht herum kommt. Gerade eine alternde Gesellschaft, wie die unsere, der die Pensionierung der Babyboomer bevorsteht, muss Wege finden, mit weniger Aufwand gut zu leben, damit wichtige Aufgaben, wie etwa die Lebensmittelversorgung, Bildung, Gesundheitswesen etc. in einer nachhaltigen Art und Weise bewältigt werden können.

Themenübersicht:

- Was kosten uns faire Wirtschaftsbeziehungen?
- Ohne gerechtere globale Ordnung keine Lösung der Schwierigkeiten im Migrationsbereich.
- Schummeln gilt nicht - die Klimakrise wird nur in redlicher internationaler Zusammenarbeit gelöst.
- Resiliente Lieferketten.
- Das Märchen vom grünen Wachstum und Rebound-Effekte.
- Exkurs: Grüner Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika?
- Bevorstehender Engpass bei den "Humanressourcen".
- Reduktion des Bedarfs und die Problematik der vorzeitigen Obsoleszenz.
- Nachhaltige Lebensmittelversorgung.
- Reform der Finanzierung und Eigentumsverhältnisse im Medienbereich.
- Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls.
- Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen.
- Notwendige Korrekturen im Bereich der Vermögensverhältnisse.
- Die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates jenseits des Wachstumsparadigmas.
- Die Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen.
- Abschließende Bemerkungen.

Nachdem die Werbefinanzierung im Mediensektor die allgemeine Ressourcenverschwendung anheizt braucht es dort eine demokratiefreundliche Reform, was auch für die Eigentumsverhältnisse gilt.
Im Zusammenhang mit der oft als extrem dringlich dargestellten Digitalisierung sollte den Risiken der Technologie mehr Augenmerk gewidmet und diese durch geeignete Rahmen-bedingungen minimiert werden.
Die Offenlegung des Quellcodes würde viele Schwierigkeiten mit undurchsichtigen Algorithmen beseitigen, allerdings stellt sich bei Open Source Lösungen die Frage nach einer Sicherstellung einer fairen Vergütung in Bezug auf die Entwickler.
Patente oder Regelungen nach dem Urheberrecht bieten jedenfalls keinen adäquaten Ausweg, im Gegenteil, dieser Bereich bedarf selbst schleunigst einer tiefgreifenden Reform.
Korrekturen braucht es auch bei den Vermögensverhältnissen.

Themenübersicht:

- Was kosten uns faire Wirtschaftsbeziehungen?
- Ohne gerechtere globale Ordnung keine Lösung der Schwierigkeiten im Migrationsbereich.
- Schummeln gilt nicht - die Klimakrise wird nur in redlicher internationaler Zusammenarbeit gelöst.
- Resiliente Lieferketten.
- Das Märchen vom grünen Wachstum und Rebound-Effekte.
- Exkurs: Grüner Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika?
- Bevorstehender Engpass bei den "Humanressourcen".
- Reduktion des Bedarfs und die Problematik der vorzeitigen Obsoleszenz.
- Nachhaltige Lebensmittelversorgung.
- Reform der Finanzierung und Eigentumsverhältnisse im Medienbereich.
- Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls.
- Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen.
- Notwendige Korrekturen im Bereich der Vermögensverhältnisse.
- Die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates jenseits des Wachstumsparadigmas.
- Die Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen.
- Abschließende Bemerkungen.

Was die finanzielle Absicherung des Wohlfahrtsstaates betrifft, so muss diese in Anbetracht vorhergegangener Schlussfolgerungen, von der Notwendigkeit ständigen Wirtschaftswachstums befreit werden, gerade weil staatlich organisierte Sozialleistungen auch künftig für die Erhaltung des Gemeinwohls essentiell bleiben.

Herausforderungen gibt es ja mehr als genug:

- Konflikte aus ideologischen und machtpolitischen Gründen, aber auch um Ressourcen wie Rohstoffen, Boden etc.
- Der Klimawandel und andere Gefährdungen unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
- Fragen rund um verstärkte Migration.
- Wachsende materielle Ungleichheit, die sozialstaatliche Errungenschaften, den Wohlstand einer breiteren Mittelschicht, ja die letztlich die Demokratie selbst bedroht.
- Das Damoklesschwert eines Totalitarismus durch Missbrauch der technologischen Möglichkeiten der Digitalisierung.

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Zu den immer deutlicheren Anzeichen eines Klimawandels, welche zunehmend heftiger zur Abkehr von den fossilen Energiequellen mahnen, gesellte sich eine Pandemie, die die globalen Lieferketten gehörig durcheinander wirbelte, und zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der aufzeigte, dass die opportunistische Anbiederung an billige Rohstoffe liefernde Machtzirkel eine langfristig nach hinter losgehende Strategie darstellt.
Daneben werden nachhaltige Antworten auf Fragen zu Migration, wachsender materieller Ungleichheit bei gleichzeitig steigender öffentlicher Verschuldung stetig dringlicher.
Bei allem Enthusiasmus über die Chancen der Digitalisierung tauchen doch hin und wieder auch Bedenken über möglichen Missbrauch auf.

Evergreens der Wünsche aus der Zivilgesellschaft an die Politik:

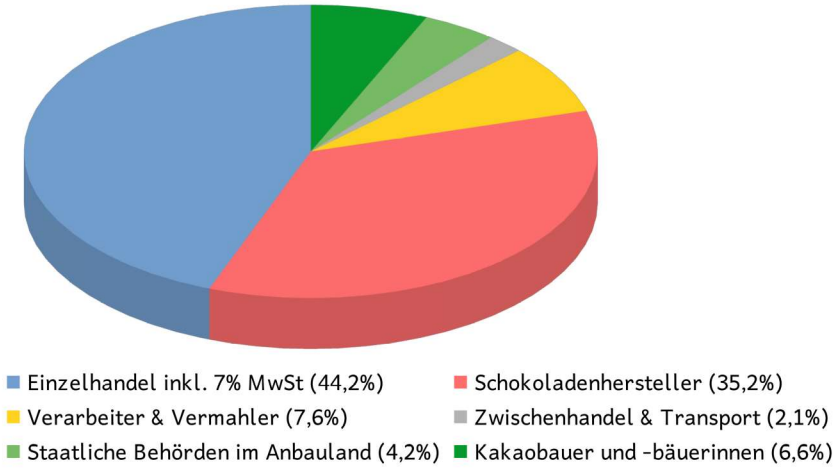
- Eine gute Zukunft für die Kinder
- Erhaltung der Natur
- Gerechtigkeit
- Frieden

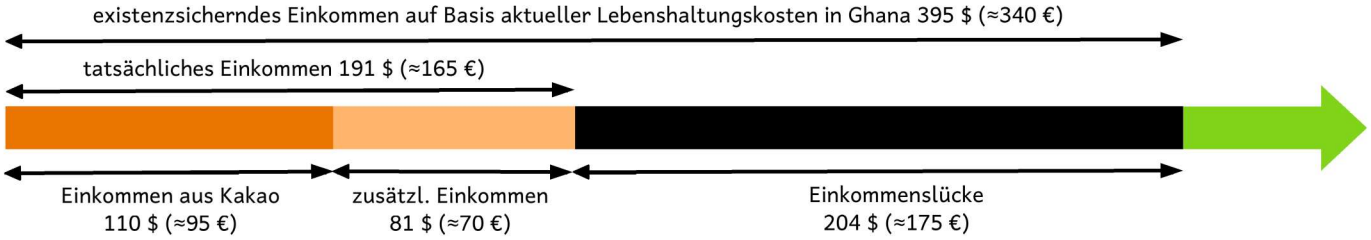
Daraus ergeben sich unter anderem folgende Forderungen:

- Beendigung von bewaffneten Konflikten
- Umstieg auf eine nachhaltige, klimafreundliche Wirtschaftsweise
- Tierwohlstandards
- Faire Bedingungen im Welthandel

Die Forderungen aus der engagierten Zivilgesellschaft an die Politik sind seit Jahrzehnten von grundlegenden Konstanten geprägt, nämlich die Sorge um die nachfolgenden Generationen, Umweltschutz, Gerechtigkeit und Frieden
Obgleich der Ukrainekrieg die Schlagzeilen der letzten Monate dominiert, ist die Friedensbewegung bemerkenswert leise. Jeder Vermittlungsvorschlag wird derzeit mit Verweis auf die gescheiterte Appeasement-Politik Chamberlains abgeschmettert.
Trotz aller Beteuerungen ist eine reale ökologische Wende nicht in Sicht.
Die Zustände in der Massentierhaltung und die Forderung nach Hebung der Tierwohlstandards sind zwar medial regelmäßig präsent, echte Fortschritte in der Umsetzung erfolgen meist aber nur langsam.
Die Ungerechtigkeiten und Missstände in den globalen Wirtschaftsbe-ziehungen werden zwar auch immer wieder thematisiert, allerdings in einer nicht einmal annähernd adäquaten Weise. Darum soll dies im Folgenden gleich einmal etwas näher beleuchtet werden.

Was würde wirklich faire Schokolade kosten?





Quelle: https://webshop.inkota.de/produkt/download-factsheet-inkota-infoblaetter/infoblatt-1-die-bittere-wahrheit-ueber-schokolade
Referenz: https://oe1.orf.at/programm/20210609/641122/Verantwortung-ist-gut-Gesetze-sind-besser

Am 9. Juni 2021 brachte der ORF eine Radiosendung zum vielfach diskutierten Lieferkettengesetz, das Konzerne künftig zur Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltmindest-standards entlang ihrer gesamten Lieferketten verpflichten soll. In einem Beitrag zur Sendung wurde behauptet, dass sich bei fairen Preisen eine Tafel Schokolade um kaum mehr als 5 Cent verteuern würde.
Aber stimmt das wirklich? In einer Broschüre des entwicklungspolitisch tätigen deutschen Inkota-Netzwerkes wird angegeben, dass die Kakaobauern nur etwa 6,6% des vom Konsumenten bezahlten Endpreises erhalten. Eine sechsköpfige Familie in Ghana erwirtschaftet derzeit durchschnittlich 191$ pro Monat, das sind etwa 165€, davon 110$ oder ca. 95€ aus dem Kakaoanbau. Als existenzsichernd wird ein monatliches Einkommen von 395$ angegeben, was ca. 340€ entspricht. Nun, mit 340€ könnten in Österreich kaum Einzelpersonen durchkommen, geschweige denn eine sechköpfige Familie. Der Zahlenwert ergibt sich auf Basis des niedrigen allgemeinen Lohn- und Preisniveaus in Ghana und deckt nur die wichtigsten Grundbedürfnisse ab.

Ehrlich zu Ende gedacht, wäre in einer fairen Weltwirtschaft, das Lohn- und Preisniveau überall annähernd gleich!

In einer gerechten Welt würden aber nicht nur die Kakaobauern sondern auch afrikanische Minenarbeiter und alle anderen für den Export arbeitenden Menschen fair entlohnt. Doch damit nicht genug, denn warum sollten Bauern, die Lebensmittel für Minenarbeiter produzieren kein Anrecht auf ein gutes Leben haben? Wenn man das Ganze ehrlich und konsequent durchdenkt, kommt man zum Schluss, dass in einer tatsächlich gerechten Welt, das durchschnittliche Lohn- und Preisniveau überall relativ ähnlich wäre.

Ehrlich zu Ende gedacht, wäre in einer fairen Weltwirtschaft, das Lohn- und Preisniveau überall annähernd gleich!

$$\frac{\frac{2789 \times 95}{165}}{95} \approx 17$$

Quellen: https://webshop.inkota.de/produkt/download-factsheet-inkota-infoblaetter/infoblatt-1-die-bittere-wahrheit-ueber-schokolade
https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html

Die österreichische Armutskonferenz, ein Dachverband verschiedener Hilfsorganisationen, gibt für eine 4-köpfige Familie eine Armuts-gefährundungsschwelle, das sind 60% des Medianeinkommens, von 2789 € an. Selbst wenn wir der 6-köpfigen Familie in Ghana nur dieses Einkommen der 4-köpfigen österreichischen Familie zugestehen wollen, errechnet sich ein Faktor von rund 17 zur gegenwärtigen Ausgangslage.
Dabei wurde stark vereinfachend angenommen, dass das übrige Familieneinkommen bei global fairen Verhältnissen um den gleichen Faktor steigen würde. Dadurch steht das momentane zum gerechten Gesamteinkommen im gleichen Verhältnis wie der momentane Kakao-einkommensanteil zum fairen Kakao-einkommensanteil. Unter dieser Annahme gilt die Formel solange der Kakaoeinkommensanteil nicht Null ist, denn eine Division durch Null ist bekanntlich nicht definiert und auch Null durch Null konvergiert nur in speziellen Fällen zu einem sinnvollen Grenzwert.

Ehrlich zu Ende gedacht, wäre in einer fairen Weltwirtschaft, das Lohn- und Preisniveau überall annähernd gleich!

$$\frac{\frac{2789 \times 95}{165}}{95} \approx 17$$

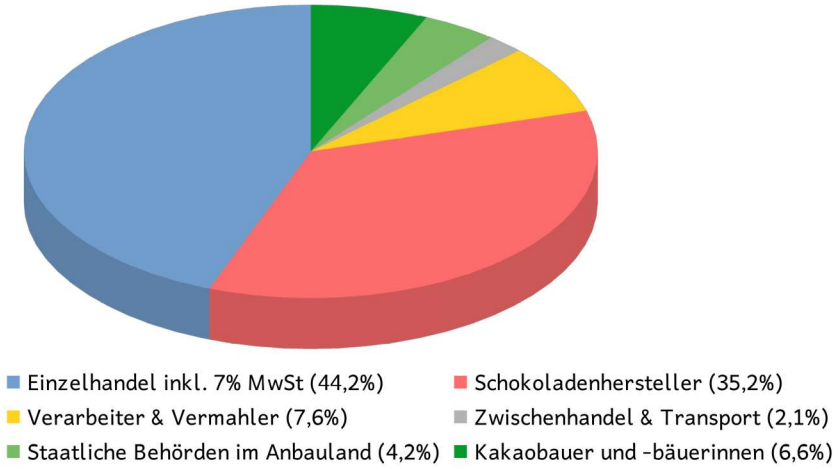
Eine 100 g Tafel Markenschokolade:

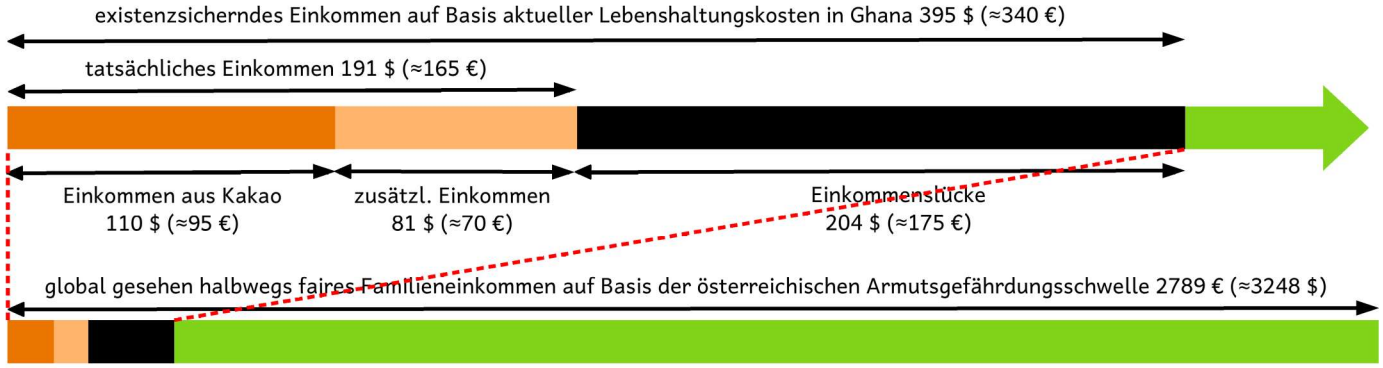
- Derzeitiger Preis rund 1,20 €
- Mit umfassend fairem Anteil der Kakaobauern 2,45 €.
- Kosten für Transport etc.?
- Mehraufwand für Gesundheits- und Umweltschutz?

Quellen: https://webshop.inkota.de/produkt/download-factsheet-inkota-infoblaetter/infoblatt-1-die-bittere-wahrheit-ueber-schokolade
https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html

Für eine Tafel Markenschokolade um derzeit 1,20 € ergäbe sich, mit dem Faktor 17 und dem Anteil von 6,6% der Kakaobauern gerechnet, ein Preis von über 2,45 €, was mehr als eine Verdoppelung bedeutet.
Die so kalkulierte Preissteigerung gilt allerdings nur, wenn alle übrigen an der Bereitstellung der Schokolade Beteiligten ihre Margen in absoluten Zahlen und nicht prozentual gerechnet unverändert ließen. Vermutlich herrscht aber auch in anderen Bereichen, etwa beim Transport keine faire Kostenwahrheit. Außerdem fehlen noch die Mehrkosten für einen Anbau, der Gesundheit und Umwelt schützt.

Was würde wirklich faire Schokolade kosten?





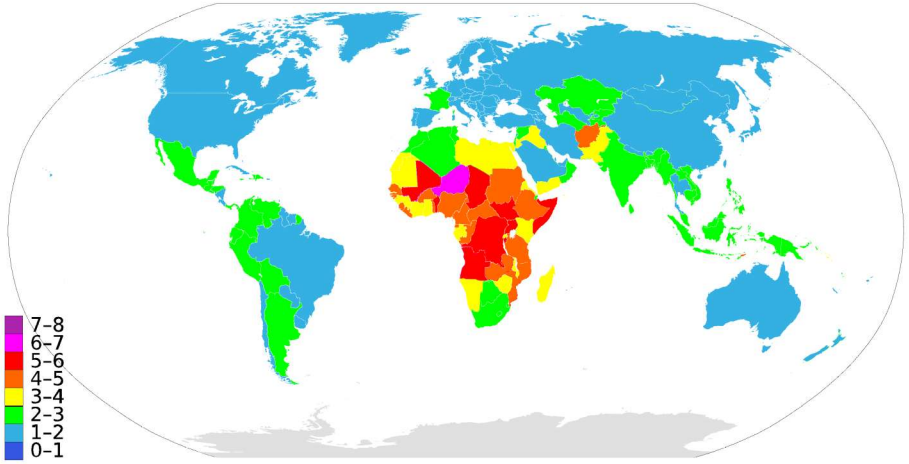
Quellen: https://webshop.inkota.de/produkt/download-factsheet-inkota-infoblaetter/infoblatt-1-die-bittere-wahrheit-ueber-schokolade
https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html

Wenn man das Ganze graphisch gegenüberstellt, wird deutlich, wie weit wir von gerechten Verhältnissen entfernt sind. Selbst mit den derzeitigen Forderungen von Fair Trade Organisationen bewegen wir uns noch immer bei einem Bruchteil des europäischen Niveaus.

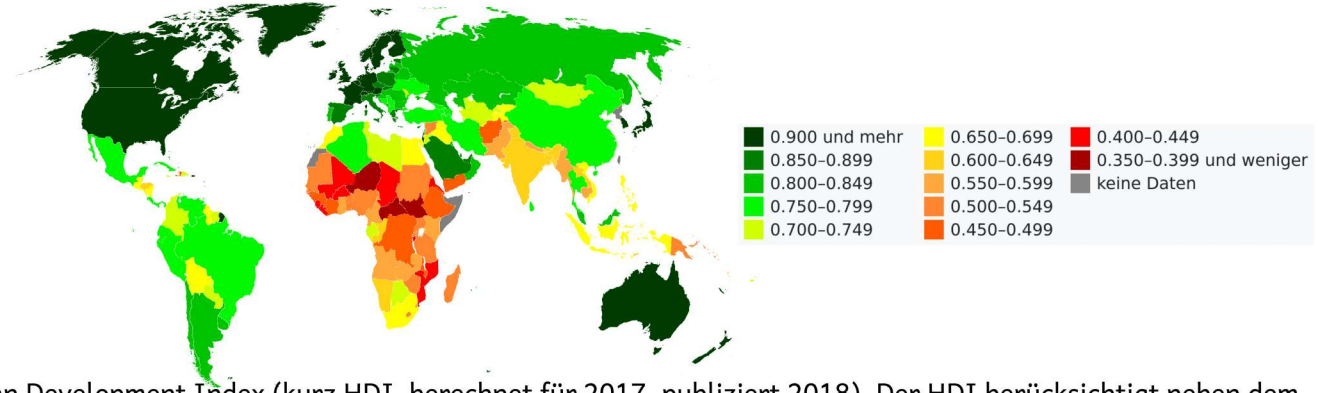
Zur Verteidigung des ORF und des Inkota-Netzwerkes sei angemerkt, dass ihre Berechnungen, der momentan verbreiteten üblichen Praxis entspricht.

Dennoch dürfen wir uns bei diesen Rahmenbedingungen nicht wundern, dass Länder des globalen Südens kaum voran kommen und für viele Menschen ein gewaltiger Anreiz besteht, sich auch abgesehen von den sonstigen Fluchtursachen rein aus wirtschaftlichen Gründen auf den gefährlichen Weg nach Europa aufzumachen.

Es sind oft extreme Armut und Not, begleitet von einer anhaltenden Perspektivelosigkeit, die die Menschen ihr Leben riskieren lässt.



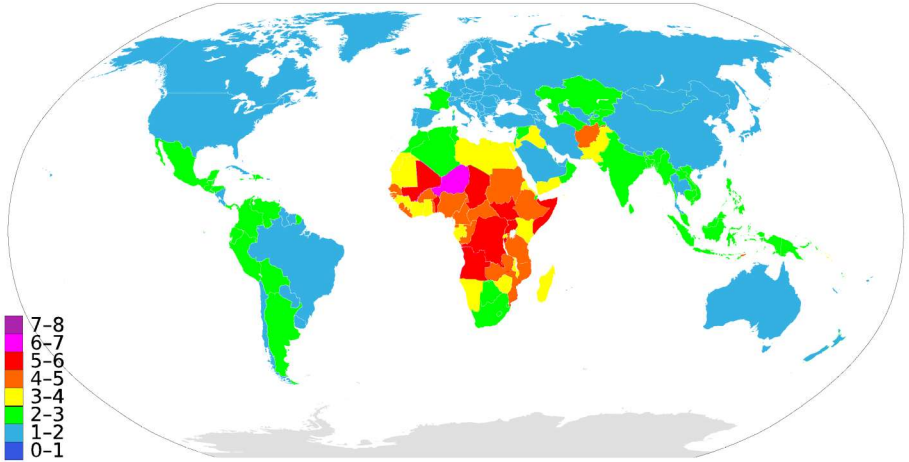
Fertilitätsraten nach Staaten (berechnet für 2017, publiziert 2018). Die Farben geben die Zahlen der Kinder pro Frau wieder, die sich aus den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern im betroffenen Jahr hochgerechnet ergeben würden.



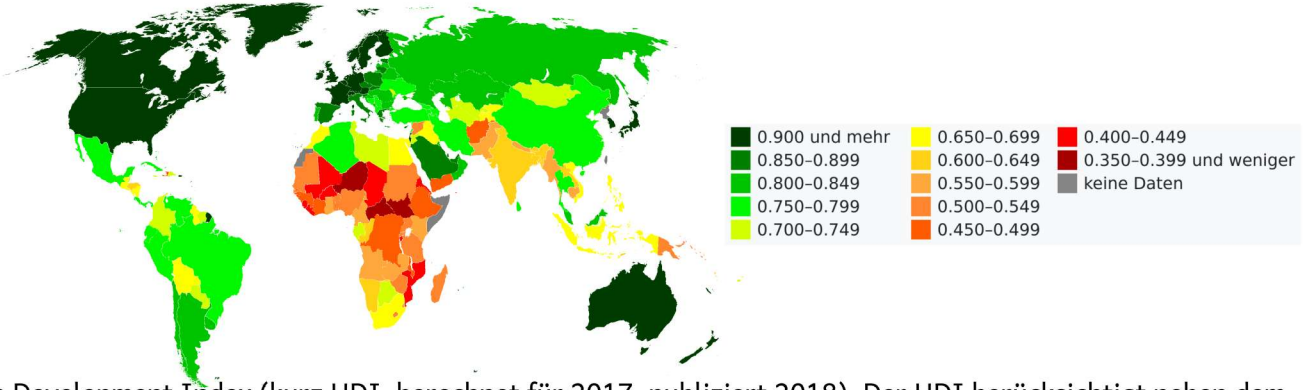
Human Development Index (kurz HDI, berechnet für 2017, publiziert 2018). Der HDI berücksichtigt neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch Parameter, wie Lebenserwartung oder Bildungschance

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtfertilit%C3%A4tsrate
https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Index_der_menschlichen_Entwicklung&oldid=184059135
https://de.wikipedia.org/wiki/Demografisch-%C3%B6konomisches_Paradoxon

Die Folgen dieser extremen Ungleichheit sind jedoch viel tiefgreifender.
Entgegen der Thesen von Thomas Malthus Ende des 18. Jahrhunderts zeigte sich empirisch, dass ein gewisser bescheidener Wohlstand den demographischen Übergang zu niedrigeren Fertilitätsraten befördert. Das bestätigt Vergleich der Grafik im Wikipedia-Artikel zur Zahl der Kinder pro Frau nach Ländern mit jener aus dem Artikel zum Human Development Index im gleichen Bezugsjahr. Auch wenn im Detail auch andere Faktoren mitspielen, lässt sich eine relativ starke Korrelation nicht leugnen.



Fertilitätsraten nach Staaten (berechnet für 2017, publiziert 2018). Die Farben geben die Zahlen der Kinder pro Frau wieder, die sich aus den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern im betroffenen Jahr hochgerechnet ergeben würden.

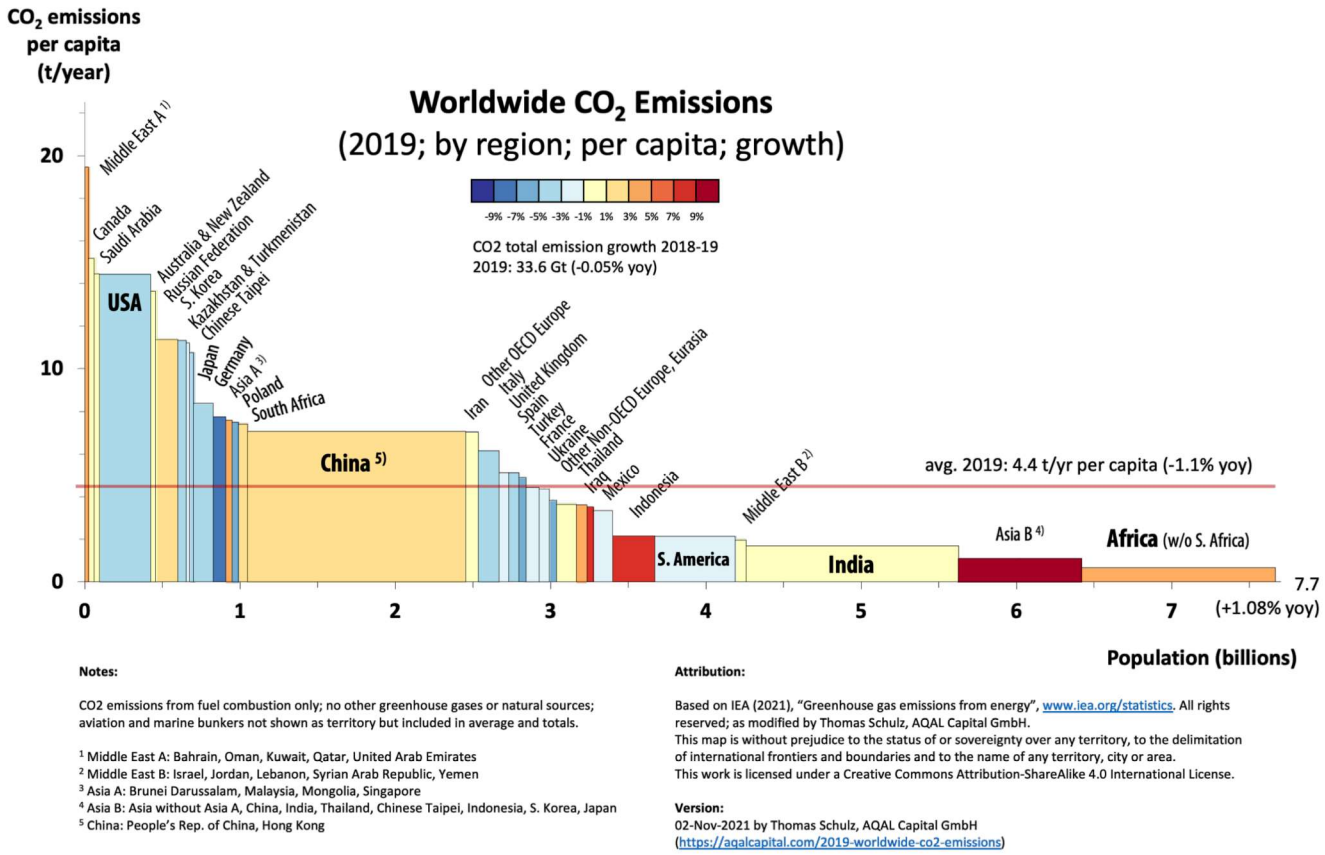


Human Development Index (kurz HDI, berechnet für 2017, publiziert 2018). Der HDI berücksichtigt neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch Parameter, wie Lebenserwartung oder Bildungschance

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtfertilit%C3%A4tsrate
https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Index_der_menschlichen_Entwicklung&oldid=184059135
https://de.wikipedia.org/wiki/Demografisch-%C3%B6konomisches_Paradoxon

Armut und mangelnde Bildung sind paradoxer Weise, statistisch gesehen, erwiesenermaßen Treiber im Hinblick auf Bevölkerungszuwächse. Paradox deshalb, weil man ja vermuten könnte, mehr Ressourcen und Möglichkeiten zur Erzielung eines entsprechenden Lebensunterhalts würden den Kinderwunsch erhöhen und nicht umgekehrt. In Notzeiten dient aber gerade beim Fehlen oder Versagen des Wohlfahrtsstaates die Familie quasi als Sozialversicherungsersatz und Kinder werden zur individuellen Investition in die Altersvorsorge. Hohe Kindersterblichkeit wird in diesem Zusammenhang übrigens in der Regel überkompensiert.

Daher ist die globale Ungerechtigkeit ein Treiber des Wachstums der Weltbevölkerung, was wiederum Konfliktpotentiale und Migrationsdruck verstärkt.



Weltweite CO2-Emissionen 2019 (nach Region, pro Kopf), variwide Darstellung; Datenquelle: IEA (2021)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_CO2-Emission_pro_Kopf

Viele, darunter etwa auch Greta Thunberg, lehnten bislang unter Verweis auf auf die enormen Unterschiede bei den aktuellen Pro-Kopf-Emissionen und die in der Vergangenheit beim Aufbau des heutigen Wohlstandes angehäuften Klimasünden eine Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung ab. Dieser Einwand ist nicht ganz unberechtigt, aber durch die Ausblendung des Themas wird zugleich die Verantwortung des globalen Nordens für die Verzögerung des demographischen Übergangs im globalen Süden aus dem Blickfeld gerückt.

Außerdem stellt sich die Frage,ob wir die Menschen wirklich in einer derartigen Armut belassen wollen, dass eine Milliarde mehr oder weniger für das Klima keine Rolle spielt.

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Angesicht des Elends und der vielen Toten entlang der Migrationsrouten fordern nicht wenige, die Grenzen zu öffnen.
Was allerdings ein ungehinderter Zugang nach Europa unter den gegenwärtigen Ungleichheits-verhätnissen bedeuten könnte, möchte ich anhand folgender kurzer Überlegung darlegen.

In einem Artikel vom 06.04.2019 berichtet die Zeitung „Der Standard“, dass vor der Corona-Krise knapp 20% der Rumänen von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch machten und im Ausland arbeiteten.

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Würden sich nun in Afrika ein nur halb so großer Anteil wie in Rumänien nämlich 10% als Arbeitsmigranten nach Europa aufmachen, so wären dies 130 Millionen. Falls sich diese nach der derzeitigen Verteilung der EU-Bevölkerung ansiedeln würden, kämen auf Österreich 2,6 Millionen Zuwanderer allein aus Afrika.
Würde die EU zu eine total liberalen Einwanderungspolitik umschwenken, wären aber auch größere Zuströme aus Afghanistan und ärmeren asiatischen Staaten sowie aus den latein-amerikanischen Ländern nicht unwahrscheinlich.
Die Schätzungen für Afrikas Migrationswillige dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, im Gegenteil, angesichts der vielen Konflikte, der unendlich tristen Perspektiven für eine sehr junge Population mit niedrigem Durchschnittsalter sind höhere Prozentsätze nicht unwahrscheinlich.
Setzen sich aktuelle Trends fort, so rechnen Prognosen übrigens mit einer afrikanischen Bevölkerung von 2,49 Milliarden im Jahr 2050.
(https://en.wikipedia.org/wiki/Demographics_of_Africa)

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Nun könnte man einwenden, Österreich sei ein reiches Land und man könne gegebenenfalls auch die Integration von 2,5 oder gar 3 Millionen Zuwanderer durchaus schaffen. Allerdings ist dazu anzumerken, dass Österreich momentan aus völlig anderen Gründen eine enorme Flächenversiegelungsrate aufweist. Selbst wenn man die gegenwärtigen Missstände abstellen würde, so würde die Zuwanderung den Flächenverbrauch wieder anheizen, zumal es nicht nur um menschenwürdigen Wohnraum, sondern auch um Arbeitsplätze und Infrastruktur für die zusätzlichen Leute geht. Weiters würde eine regionale nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln im Sinne der Ernährungssouveränität sehr schwierig, oder auch die Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Denn wir wollen ja den letzten Gebirgsbach nicht auch noch zubetonieren und durch einen Wald von Windrädern alle bedrohten Vögel keulen. Es gibt schon jetzt Interessenkonflikte zwischen der Energiewende oder dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und dem Schutz der Biodiversität.

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Ich sehe aber für Europa durchaus eine historische Verantwortung, die auch die Aufnahme einer größeren Zahl von Migrationswilligen umfasst.
Unter Menschenrechtsgesichtspunkten ist eigentlich nicht einzusehen, warum sich Europäer, Nordamerikaner, Australier etc. die Freiheit herausnehmen können, quasi überall hin zu reisen und sofern sie das wünschen, fast überall auf dieser Welt zu leben und zu arbeiten, während man Menschen im sogenannten globalen Süden, die einen viel stärkeren Grund zur Umsiedlung haben, dieses Recht verwehrt.
Aber völlig offene Grenzen sind momentan ökologisch seriös nicht vertretbar, auch wenn solche längerfristig gesehen ein Ziel für die Zukunft sein müssen. Man könnte jedoch beispielsweise sofort eine größere Zahl von Ausbildungsvisa erteilen, die mit der Auflage verbunden sind, nach dem Abschluss zumindest für eine gewisse Zeit im Herkunftsland zu dessen wirtschaftlichen Aufbau beizutragen.

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Leider dienen die jüngsten „Economic Partnership Agreements“, kurz „EPAs“, zwischen der EU und afrikanischen Staaten trotz ihrer Bezeichnung hauptsächlich der Sicherung des Zugangs zu billigen Rohstoffen und den Interessen der europäischen Exportindustrie, unter anderem auch im Hinblick auf subventionierte Produkte der industrialisierten Landwirtschaft, die wiederum für Futtermittel auch in Afrika am sogenannten Landgrabbing, also dem Landraub an der lokalen Bevölkerung beteiligt ist.
So zeichnet sich keine Änderung der Lage ab. Statt die Wurzel des Problems anzugehen, rüstet Europa seine Grenzabschottung massiv weiter auf. Auch wenn ich momentan eine völlige Öffnung für unpraktikabel halte, so sollte man wenigstens auf dieses Ziel hinarbeiten. Dazu müssten die Weichen sofort auf wirklich faire Handelsbeziehungen mit verpflichtenden Sozial- und Umweltmindeststandards entlang der gesamten Lieferketten gestellt werden, und zwar für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt. Zur Implementierung braucht es ohnehin Übergangsfristen. Darum ist es unverzeihlich, weiterhin Verträge auf Basis der bisherigen Freihandelsdoktrin abzuschließen.

Szenario zu einer liberalen Grenzöffnung unter den gegenwärtigen unfairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

Artikel vom 06.04.2019 in der Zeitung „Der Standard“:
Knapp 20% der Rumänen machten vor der Coronakrise von der Personenfreizügigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes Gebrauch und arbeiteten im Ausland.

Wikipedia (abgerufen am 16.12.2020) gibt folgende Bevölkerungszahlen an:
Einwohner Afrika: 1,3 Milliarden
Einwohner EU: 447,1 Millionen
Einwohner Österreich: 8,9 Millionen

Bei Umschwenken der EU auf eine total liberale Einwanderungspolitik und 10% migrationswilligen Afrikanern und Afrikanerinnen:
130 Millionen Zuwanderer für die gesamte Union
Nach derzeitiger Bevölkerung aufgeteilt:
2,6 Millionen Zuwanderer für Österreich
Dazu kämen Menschen aus Afghanistan und anderen ärmeren asiatischen Länder, aber auch aus Lateinamerika.

Folgen für Bodenversiegelung, Ernährungssouveränität oder lokale Biodiversität?

Quellen: https://www.derstandard.at/story/2000100941092/eu-arbeitsmigration-den-vergangenen-zehn-jahren-hat-die-arbeitsmigration-um
https://de.wikipedia.org/wiki/Afrika https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich

Das Vorschieben der unsinnigen WTO-Vorgaben ist nur eine faule Ausrede. Denn entweder wird diese Organisation reformiert oder die EU sollte einen geschlossenen Austritt ankündigen.

Teilweise wird ein einseitiges Vorgehen ohnehin notwendig sein, weil auf Seiten vielen Länder des ausgebeuteten globalen Südens korrupte Eliten am Ruder sind, die bisher auch von Europa unterstützt wurden, zum Teil sogar mit Waffenlieferungen.
Donald Trump hat die Machbarkeit eines unilateralen Vorgehens zur Korrektur von Freihandelsabkommen vorexerziert, allerdings in einer definitiv missbräuchlichen Weise.

Um also die Migrationsfrage tatsächlich nachhaltig zu lösen, was auch im eigenen Interesse Europas ist, brauchen wir einen raschen Schwenk hin zu einer gerechteren Weltwirtschaft.

Können wir uns das leisten?

Das Prinzip eines global fairen Preises sollte nicht nur bei exotischen Agrargütern wie Bananen, Kakao oder Kaffee gelten, sondern, wie bereits gesagt, für alle Rohstoffe und sonstigen Güter aus dem globalen Süden, aber auch aus den sogenannten Schwellenländern.

Nun, das geht schnell ordentlich ins Geld, das ein gar nicht so kleiner Bevölkerungsanteil auch in den eigentlich wohlhabenderen Regionen der Erde nicht hat.

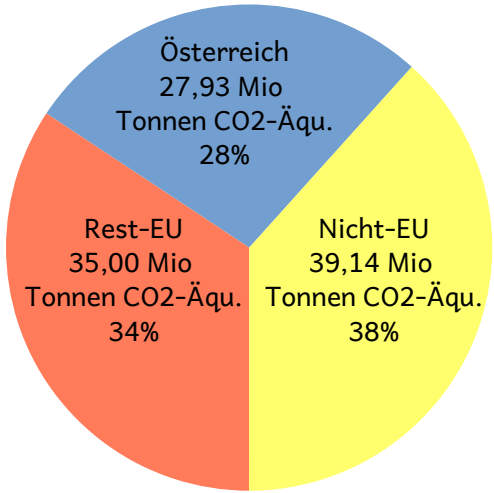
Das heißt, ohne kluge Strategien, würde die Lebensqualität breiter Schichten in Europa massiv einbrechen, wenn man unter sonst gleichen Rahmenbedingungen die Ausbeutung in Billiglohnländern abstellt.

Zudem gibt es ja noch weitere Herausforderungen wie den Klimawandel zu bewältigen, dessen Eindämmung insbesondere im Energiebereich ebenfalls zu Kostensteigerungen führen dürfte.

Berechnung des CO2-Ausstoßes

Produktionsprinzip versus Konsumprinzip

Wo fallen „graue Emissionen“ für in Österreich konsumierte Güter an?



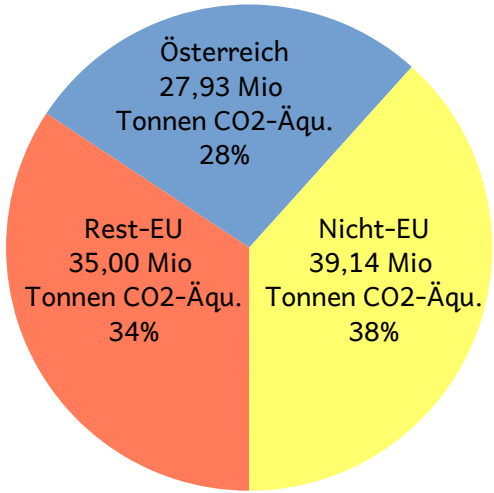
Quelle: Wegener Center für Klima und globalen Wandel.
https://wegcwp.uni-graz.at/innovate/wp-content/uploads/sites/3/2015/12/Innovate-Fact-Sheet_2_Deutsch.pdf

In der Debatte um Treibhausgas-emissionen wird übrigens auch oft unredlich gerechnet, indem jene Energie unter den Teppich gekehrt wird , die für die Herstellung der Güter notwendig ist. Man spricht in diesem Zusammenhang von sogenannter „grauer Energie“ bzw. von „grauen Emissionen“. Ein wesentlicher Konstruktionsfehler in den derzeitigen internationalen Klimaschutzabkommen ist, dass jene Energie, die für die Produktion von importierten Waren aufgewendet wurde, den Hersteller-ländern zugerechnet wird. Es gilt das Produktionsprinzip und nicht das Konsumprinzip, welches die Länder mit den Endkonsumenten belasten würde. Das bedeutet, die energieintensive Produktion etwa von Photovoltaik-modulen geht nicht in die Statistik europäischer Staaten ein, wenn diese z. B. aus Fernost stammen. Zugegebenermaßen ist die Erhebung halbwegs vernünftiger Daten nicht einfach, weil in den Produktions- und Lieferketten bislang normalerweise keine so detaillierten Aufzeichnungen über den Treibhausgasausstoß im Zuge der jeweiligen Fertigungsstufe geführt werden, dass eine Zuordnung zu konkreten Produkten immer möglich wäre.

Berechnung des CO2-Ausstoßes

Produktionsprinzip
versus
Konsumprinzip

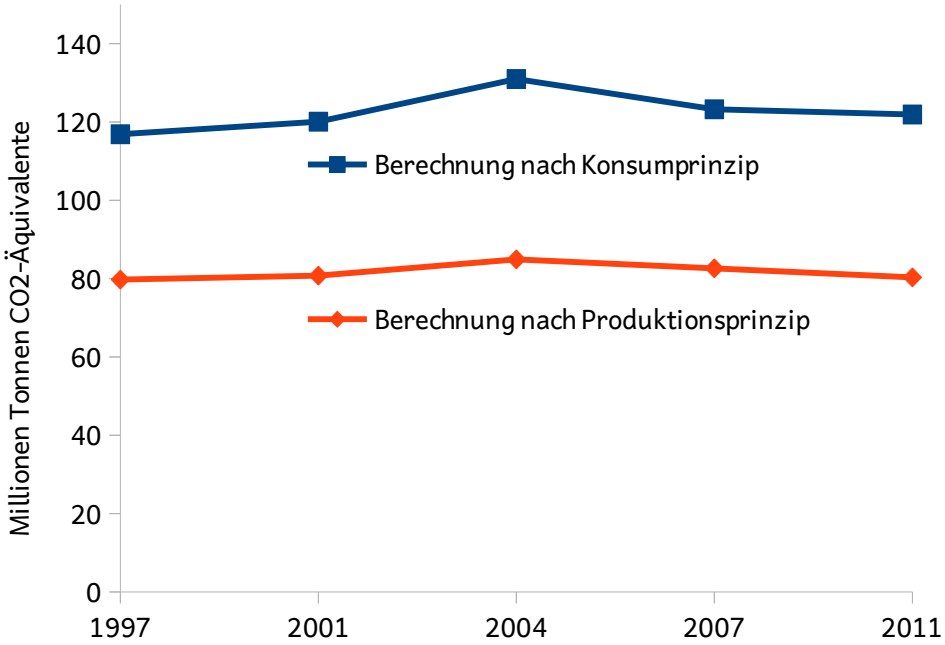
Wo fallen „graue Emissionen“ für in Österreich konsumierte Güter an?



Quelle: Wegener Center für Klima und globalen Wandel.
https://wegcwp.uni-graz.at/innovate/wp-content/uploads/sites/3/2015/12/Innovate-Fact-Sheet_2_Deutsch.pdf

Wie das Wegener Center für Klima und globalen Wandel im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes errechnet hat, fielen im Jahr 2011 mehr als 2/3 dieser grauen Emissionen für in Österreich konsumierte Güter im Ausland an.

Differenz des Emmissionsfußabdruckes bei Anwendung des Produktions- bzw. des Konsumprinzips in Österreich:

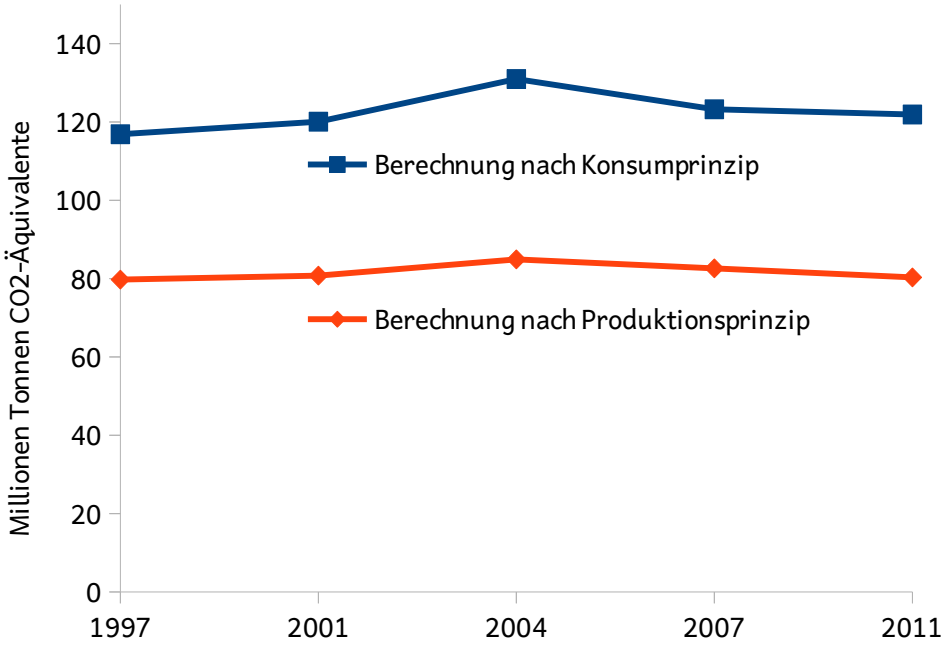


Quellen: Wegener Center für Klima und globalen Wandel.
https://wegcwp.uni-graz.at/innovate/wp-content/uploads/sites/3/2015/12/Innovate-Fact-Sheet_2_Deutsch.pdf

https://www.derstandard.at/story/2000130480758/auf-chip-krise-folgen-naechste-problemeindustrie-fuerchtet-lieferengpaesse-bei-magnesium https://de.wikipedia.org/wiki/Photovoltaik

Nachdem aber etwa die Exporte der österreichischen Stahlindustrie und anderer inländischer Produzenten bei den derzeitig üblichen Kennzahlen Österreich zugeschlagen werden, obwohl sie für ausländische Konsumenten produziert wurden, ist die Differenz zwischen einem CO2-Fußabdruck auf der Grundlage des Produktionsprinzips und des Konsumprinzips weniger drastisch. Zwischen 1997 und 2011 gibt die erwähnte Studie aber immerhin für Österreich eine Erhöhung um ungefähr 50% an, wenn man alles dem jeweiligen Land des Endverbrauchers zurechnet.

Differenz des Emmissionsfußabdruckes bei Anwendung des Produktions- bzw. des Konsumprinzips in Österreich:

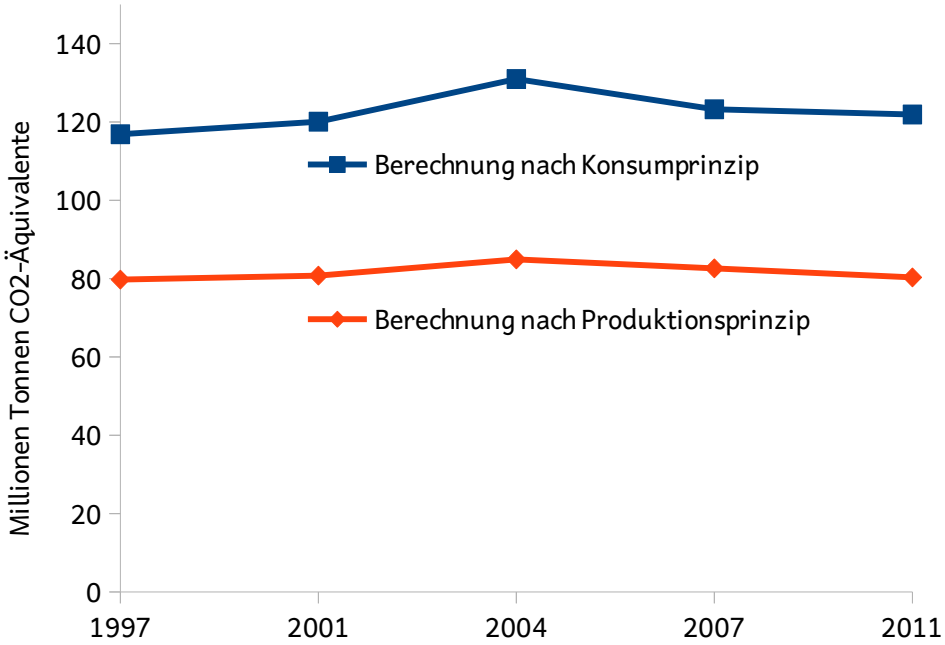


Quellen: Wegener Center für Klima und globalen Wandel.
https://wegcwp.uni-graz.at/innovate/wp-content/uploads/sites/3/2015/12/Innovate-Fact-Sheet_2_Deutsch.pdf

https://www.derstandard.at/story/2000130480758/auf-chip-krise-folgen-naechste-problemeindustrie-fuerchtet-lieferengpaesse-bei-magnesium https://de.wikipedia.org/wiki/Photovoltaik

Aus der Thematik ergeben sich aber nicht nur wichtige Implikationen dazu, welche Länder fairer Weise, wie viel einzusparen haben, sie trägt auch einige Aspekte dazu bei, was technische Lösungen, global betrachtet, wirklich an Emissionsreduktionen bringen. Und beim Klima hat nur eine globale Gesamtbilanz einen Sinn. Wenn Europa sich mit in Fernost produzierten Photovoltaikmodulen, und Zulieferteilen für Windkraftwerke etc. ausstattet und dadurch Emissionen einspart, während Chinas Bilanz wegen der damit verbundenen Treibhausgasausstöße schlechter aussieht, ist mehr als nur die Optik schief. Es ist darüber hinaus eben zu berücksichtigen, dass die erneuerbaren Energietechnologien wegen der grauen Energie insgesamt einen etwas geringeren Ertrag bringen. Für Photovoltaikanlagen wird angegeben, dass sie in Mitteleuropa über die gesamte Lebensdauer gerechnet durchschnittlich etwa das 10-fache der Energie liefern, die für ihre Herstellung aufgewendet wurde. Da wurden die bei erneuerbaren Energien stets notwendigen Speichereinrichtungen aber noch nicht eingerechnet. Außerdem muss sich erst zeigen, ob die Annahmen in einer Realität mit Verschmutzungen oder Sturm und Hagel auch halten.

Differenz des Emmissionsfußabdruckes bei Anwendung des Produktions- bzw. des Konsumprinzips in Österreich:



Quellen: Wegener Center für Klima und globalen Wandel.
https://wegcwp.uni-graz.at/innovate/wp-content/uploads/sites/3/2015/12/Innovate-Fact-Sheet_2_Deutsch.pdf

https://www.derstandard.at/story/2000130480758/auf-chip-krise-folgen-naechste-problemeindustrie-fuerchtet-lieferengpaesse-bei-magnesium https://de.wikipedia.org/wiki/Photovoltaik

Wie verlogen die gesellschaftliche Debatte über die nationalen Beiträge zum Klimawandel ist, zeigte sich im Oktober 2021 als die Drosselung des Energieverbrauchs in China zu Engpässen in der Versorgung mit Magnesium führte, einem wichtigen Legierungsmetall für Aluminium-produkte. Da haben diese bösen Chinesen doch glatt einige der extrem energieintensiven Produktionswerke heruntergefahren, um den Kohle-verbrauch zur Stromerzeugung zu reduzieren. Das hatte allerdings in erster Linie mit einem Versorgungs-problem zu tun. Andererseits wurde China bislang jedoch hauptsächlich dafür gerügt, zu wenig für den Klimaschutz zu unternehmen.

Eine resiliente Weltwirtschaft?

Lieferkettenprobleme zeigen strukturelle Defizite in den weltweiten Handelsbeziehungen auf.

Mögliche Maßnahmen zur Abhilfe:

- Kürzere regionalere Lieferketten
- Diversität an den Produktionsstandorten in allen Teilen der Welt
- Reservekapazitäten (bei Produktion und Transport)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Resiliente_Lieferkette

Das Beispiel zeigt neben den anderen Lieferkettenproblemen der jüngsten Zeit, dass die massive Auslagerung der Produktion in Billiglohnländern schnell zum Bumerang werden könnte.
Der von Experten viel beschworene angebliche „komparative Kostenvorteil durch weltweite Arbeitsteilung“ beruht hingegen in Wahrheit großteils auf unfairen Unterschieden hinsichtlich der Löhne sowie der Sozial- und Umweltstandards. Die von manchen Volkswirtschaftlern in diesem Zusammenhang zur Verteidigung angeführte niedrigere Produktivität rechtfertigt das Ausmaß des beobachteten Lohngefälles nicht. Hätten die Lohnunterschiede nur die unterschiedliche Produktivität ausgeglichen, wäre es nicht zu einer derart massiven Abwanderung von Produktionskapazitäten aus Westeuropa gekommen. Ungerechte Gewinne durch Ausbeutung waren der Grund für die Auslagerung zunächst nach Osteuropa, dann vermehrt nach Fernost. Neben der Ausnutzung eines unfairen Lohnniveaus beruhen die Kostenvorteile trotz oft extrem langer Transportwege häufig auf geradezu verbrecherischen Nachlässigkeiten im Arbeitnehmer- oder Umweltschutz.

Eine resiliente Weltwirtschaft?

Lieferkettenprobleme zeigen strukturelle Defizite in den weltweiten Handelsbeziehungen auf.

Mögliche Maßnahmen zur Abhilfe:

- Kürzere regionalere Lieferketten
- Diversität an den Produktionsstandorten in allen Teilen der Welt
- Reservekapazitäten (bei Produktion und Transport)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Resiliente_Lieferkette

Nun gibt es schon seit einiger Zeit Warnzeichen dahingehend, dass eine allzu geringe Zahl an Anbietern, aber auch eine zu starke geographische Konzentration der Produktion die Versorgungssicherheit auch abseits von Krisen untergräbt. Ein funktionierendes Handelsnetz hat sicherlich seine Berechtigung, denn es erlaubt im Katastrophenfall einen Ausfall durch Lieferungen aus anderen Weltregionen zu kompensieren. Das kann aber nur funktionieren, wenn jede Region genügend Diversität und gewisse Reserven in seinen Produktions-kapazitäten besitzt, also nicht „durchoptimiert“ ist. Das in der Makroökonomie oft zitierte Modell nach Ricardo unterschlägt nicht nur Sicherheitsaspekte, sondern auch soziale und ökologische Verwerfungen.

Rebound-Effekt:

- ökonomisch (aus Ersparnisgründen)
- psychologisch (wegen ruhigem Gewissen)

Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch:

- nur partiell relative Entkopplung
- absolute Entkopplung bislang völlig utopisch

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Rebound-Effekt_(%C3%96konomie) https://de.wikipedia.org/wiki/Moralische_Lizenzierung

Während Tricksereien in der gerechten Zuordnung der Emissionen von ausgelagerter energieintensiver Produktion die Erreichung der Klimaziele im umfassenden globalen Rahmen zweifelhaft erscheinen lassen, gibt es Mechanismen, die auch die lokale „Compliance“ konterkarieren.
Zum einen ist da der sogenannte Rebound-Effekt. Bisher war es meist so, dass energiesparende technologische Verbesserungen, aber auch eine das Gewissen beruhigende Umweltfreundlichkeit neuer Produkte die Gesamtbelastung kaum reduzieren konnten, und zwar wegen direktem oder anderweitigem Zusatzkonsum.
Zum anderen ist da der systemimmanente Wachstumsfetischismus.
In dessen Kontext wird gerne vom „grünen Wachstum“ geträumt, doch erwies sich dieses in der Vergangenheit eher als Fata Morgana, die sich beim Annäherungsversuch in Nichts auflöste.
Bislang konnte nur eine partielle relative Entkopplung zwischen dem Ressourcenverbrauch und dem Wirtschaftswachstum erreicht werden, das heißt die Wirtschaft wuchs prozentual schneller als der prozentuale Anstieg des Naturverbrauchs.

Rebound-Effekt:

- ökonomisch (aus Ersparnisgründen)
- psychologisch (wegen ruhigem Gewissen)

Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch:

- nur partiell relative Entkopplung
- absolute Entkopplung bislang völlig utopisch

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Rebound-Effekt_(%C3%96konomie) https://de.wikipedia.org/wiki/Moralische_Lizenzierung

Wachstum bei gleichzeitig sinkendem Verbrauch, also eine absolute Entkopplung, wurde auf volkswirtschaftlicher Ebene praktisch noch nie erzielt.
Wenn wir nun den Menschen im globalen Süden einen größeren Anteil an den Gütern der Erde zugestehen wollen, impliziert dies, dass der Verbrauch im globalen Norden entsprechend sinken muss, damit das Niveau wenigstens gehalten wird. Der Umstieg auf erneuerbare Energien oder auf Elektromobilität ist zweifellos wichtig, aber wenn man die realistisch absehbar verfügbaren Technologien betrachtet, so dürften die Klimaziele nur mit zusätzlichen Einsparungen erreichbar sein. Natürlich kann man auf sensationelle Entdeckungen und Erfindungen setzen, aber die sprichwörtliche Kalkulation mit ungelegten Eiern kann demgegenüber geradezu als sorgsame Vorgangsweise betrachtet werden, weil man da wenigsten auf bisherige Legestatistiken aufbauen kann. Bleibt man in den Zukunftserwartungen auf der seriösen Seite, so muss man froh sein, wenn die Hälfte der erforderlichen Emissionsreduktionen erreicht werden. Darum führt an der Hinterfragung des Wachstumsparadigmas kein Weg vorbei.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Die ökologisch sinnvoll verfügbaren Strommengen für die Produktion von Wasserstoff und E-Fuels in Europa werden auch nach einer erfolgreichen Energiewende sehr begrenzt sein.
- Die Herstellung von Wasserstoff und in noch größerem Ausmaß jene von E-Fuels ist mit gewaltigen Energieverlusten durch die Umwandlungsprozesse verbunden.
- Wegen ihrer Bedeutung als CO_2-Senke ist das Potential von Biomasse ebenfalls begrenzt.
- Bislang fossile Energieträger exportierende Staaten in Afrika und der Golfregion könnten sich neue klimaverträglichere Einnahmequellen erschließen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2022-05/Assessing_EU_plans_to_import_hydrogen.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf

Nachdem die ersten Folgen einer Änderung des Klimas immer deutlicher zu Tage treten und Stimmen aus der Wissenschaft, vor allem aber die Jungen immer lauter Maßnahmen einfordern, hat sich die Europäische Union doch zu einer Abkehr weg von den fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Quellen entschlossen. Dies wurde nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine beschleunigt, da man sich aus der Abhängigkeit von Russland lösen wollte.
In einer ersten Phase nach dem Einmarsch Russlands domnierten Stimmen, man solle sich doch durch Wind- und Sonnenenergie völlig unabhängig von Importen machen. Doch bald war klar, dass selbst nach einem sehr ambitionierten Umbau Strom aus nachhaltiger europäischer Produktion ein eher knappes Gut bleiben dürfte, weshalb man etwa auch Strom aus AKWs ein grünes Mäntelchen umhängen wollte. Doch selbst dann würden die Kapazitäten nicht reichen, um Erdgas oder Erdöl durch mittels Elekrolyse gewonnenen Wasserstoff bzw. E-Fuels zu ersetzen, wo dies erforderlich ist, zumal deren Herstellung mit gewaltigen Verlusten durch die dafür notwendigen Umwandlungsprozesse verbunden ist.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Die ökologisch sinnvoll verfügbaren Strommengen für die Produktion von Wasserstoff und E-Fuels in Europa werden auch nach einer erfolgreichen Energiewende sehr begrenzt sein.
- Die Herstellung von Wasserstoff und in noch größerem Ausmaß jene von E-Fuels ist mit gewaltigen Energieverlusten durch die Umwandlungsprozesse verbunden.
- Wegen ihrer Bedeutung als CO_2-Senke ist das Potential von Biomasse ebenfalls begrenzt.
- Bislang fossile Energieträger exportierende Staaten in Afrika und der Golfregion könnten sich neue klimaverträglichere Einnahmequellen erschließen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2022-05/Assessing_EU_plans_to_import_hydrogen.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf

Das Potential von Biomasse ist ebenfalls begrenzt, da diese wegen ihrer wichtigen Funktion als CO_2-Senke nur begrenzt zur Verfügung steht. Experten pochen deshalb darauf, Öl- und Gasheizungen nicht einfach durch Holzheizungen zu ersetzen, sondern den Bedarf durch Dämmung zu reduzieren und die Raumwärme danach eher über Wärmepumpen zu generieren.
Biogas wird niemals die gegenwärtig verbrauchten Mengen an Erdgas ablösen können. Noch weniger taugen allerdings die in der Herstellung sehr aufwendigen Biokraftstoffe aus Ölsaaten oder das in dieser Hinsicht ähnliche Bioethanol, um den momentanen Erdölbedarf vollkommen substituieren zu können.
Wird für die energetische Nutzung der Biomasse kein Abfall verwendet, sondern aus extra dafür bestimmtem Anbau gewonnenes Material, ist die Umweltbilanz in der Regel ziemlich schlecht.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Die ökologisch sinnvoll verfügbaren Strommengen für die Produktion von Wasserstoff und E-Fuels in Europa werden auch nach einer erfolgreichen Energiewende sehr begrenzt sein.
- Die Herstellung von Wasserstoff und in noch größerem Ausmaß jene von E-Fuels ist mit gewaltigen Energieverlusten durch die Umwandlungsprozesse verbunden.
- Wegen ihrer Bedeutung als CO_2-Senke ist das Potential von Biomasse ebenfalls begrenzt.
- Bislang fossile Energieträger exportierende Staaten in Afrika und der Golfregion könnten sich neue klimaverträglichere Einnahmequellen erschließen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2022-05/Assessing_EU_plans_to_import_hydrogen.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf

Darum empfiehlt eine vom EU-Parlament in Auftrag gegebene Studie den Import von synthetischen mittels erneuerbarer Quellen gewonnener Energieträger aus Afrika und der Golfregion, wobei allerdings neben aus Elektrolyse stammender grüner auch aus Erdgas unter CO_2-Sequestrierung gewonnener blauer bzw durch Methanpyrolyse hergestellter türkiser Wasserstoff als Quellen fungieren sollen. Ja, in einer Übergangsperiode soll der Wasserstoff überhaupt nur dem aus Nordafrika importierten Erdgas beigemischt werden. Damit soll wohl die Akzeptanz für die Errichtung einer Gasinfrastruktur, die zunächst einmal eine Verlängerung des fossilen Zeitalters unabhängig von Russland erlaubt, erhöht werden.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Bei landwirtschaftlichen Maschinen würde das Zusatzgewicht von Akkus die Bodenverdichtung verschlimmern.
- Auch bei Baumaschinen oder im Schwerverkehr (soweit nicht auf die Schiene verlagerbar) ist die Elektrifizierung teilweise schwierig.
- Viele Industrieprozesse benötigen Wasserstoff oder Ersatz für fossile Ausgangsmaterialien oder würden so viel elektrische Energie benötigen, dass europäische erneuerbare Produktions-kapazitäten das lokal ökologisch vertretbare Maß übersteigen würden.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2022-05/Assessing_EU_plans_to_import_hydrogen.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf

Nun gibt es sicherlich Bereiche, in denen nicht so einfach auf die Nutzung elektrischer Energie aus Sonne und Wind umgestellt werden kann, sei es über direkte Leitungsanbindung oder über die Zwischenspeicherung in Batterien. Man denke etwa an schwere landwirtschaftliche Geräte, die ohnehin bereits jetzt eine ungünstige Bodenverdichtung verursachen. Hier würden die erforderlichen riesigen Akkus zu einem enormen Zusatzgewicht führen, welches die Situation weiter verschlimmert. Aber auch bei Baumaschinen oder im Schwerverkehr, soweit dieser nicht auf die Schiene verlagert werden kann, ist eine eine Elektrifizierung schwierig bzw. wenig sinnvoll.
Viele technische Industrieprozesse benötigen Wasserstoff bzw. anderweitigen Ersatz für bislang fossile Ausgangsmaterialien oder würden so viel elektrische Energie etwa zur Erzeugung hoher Temperaturen brauchen, dass die Strommengen lokal nicht in ökologisch vertretbarer Weise zur Verfügung gestellt werden können, man denke etwa an die Glas- oder Stahlproduktion. Gerade dort besteht im Übrigen aber ein enormes Einsparpotential durch längere Nutzung der daraus hergestellten Güter.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Potentiale durch Sonneneinstrahlung oder Winde sind in Nordafrika durchwegs günstig.
- Durch die geringe Besiedelung und die karge Vegetation stellt der Flächenbedarf kein so großes Problem dar.
- Die Gewinnung großer Mengen an gereinigtem Wasser durch Meerwasserentsalzung ist jedoch mit enormen ökologischen Belastungen verbunden.
- Der Zeithorizont bis zur vernünftigen Anwendbarkeit aller notwendigen Technologien im Großmaßstab ist schwer abschätzbar, ebenso wie noch unerwartete Nebenfolgen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf
https://www.researchgate.net/publication/349240064
https://www.uni-heidelberg.de/md/hcch/ueber_uns/schmitt_2020__gr__erneuerbare_energien_nordafrika.pdf
https://saharawind.com/de/sahara-wind-projekt-wind-energiepotential
https://doi.org/10.1016/j.marpolbul.2020.111773
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1067144/atmospheric-implications-of-increased-hydrogen-use.pdf

Im Zusammenhang mit Importen von grünem Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika oder der Golfregion wird gerne auf die günstigen Rahmenbedingungen verwiesen, wie z. B. die hohen Einstrahlungswerte der Sonne mit geringeren Schwankungen im Jahresverlauf oder die riesigen dünn besiedelten, sonst kaum genutzten Flächen. Neben der Sonne werden auch die weit in die Sahara reichenden atlantischen Passatwinde ins Treffen geführt. Bei derart günstigen Rahmenbedingungen würden die energetischen Umwandlungsverluste bei der Herstellung von Wasserstoff oder auch E-Fuels weniger ins Gewicht fallen. Zusammen mit der im Vergleich zu Elektrizität besseren Transportierbarkeit unter anderem über Pipelines und der Möglichkeit zur Langzeitspeicherung der dabei gewonnen Energieträger erscheinen Investition insbesondere in Nordafrika sehr sinnvoll.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Potentiale durch Sonneneinstrahlung oder Winde sind in Nordafrika durchwegs günstig.
- Durch die geringe Besiedelung und die karge Vegetation stellt der Flächenbedarf kein so großes Problem dar.
- Die Gewinnung großer Mengen an gereinigtem Wasser durch Meerwasserentsalzung ist jedoch mit enormen ökologischen Belastungen verbunden.
- Der Zeithorizont bis zur vernünftigen Anwendbarkeit aller notwendigen Technologien im Großmaßstab ist schwer abschätzbar, ebenso wie noch unerwartete Nebenfolgen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf
https://www.researchgate.net/publication/349240064
https://www.uni-heidelberg.de/md/hcch/ueber_uns/schmitt_2020__gr__erneuerbare_energien_nordafrika.pdf
https://saharawind.com/de/sahara-wind-projekt-wind-energiepotential
https://doi.org/10.1016/j.marpolbul.2020.111773
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1067144/atmospheric-implications-of-increased-hydrogen-use.pdf

Allerdings benötigt die Produktion von Wasserstoff, aber auch die Abscheidung von CO_2 aus der Luft sehr viel gereinigtes Wasser. Dies könnte ariden oder semiariden Gegenden in vernünftigen Mengen nur aus Meerwasserentsalzungsanlagen stammen. Nun fällt bei der Entsalzung jedoch jede Menge aufkonzentrierte Sole an, die überdies mit Chemikalien wie Antifoulingmittel, Antikalkbildner und Antischaumbildner verunreinigt ist, und so stellen bereits jetzt größere für die Trinkwasserversorgung oder Bewässerung gebaute Anlagen ein Umweltproblem dar. Deshalb sind die Kapazitäten für grünen Wasserstoff oder E-Fuels, welche eine ökologisch noch einigermaßen vertretbare Belastung darstellen, durch den Wasserbedarf limitiert.

Dazu kommt, dass insbesondere die Technologie für die Weiterverabeitung des Wasserstoffs zu E-Fuels unter Verwendung von CO_2 aus der Luft noch nicht ausgereift ist. Das Beispiel alternativer Solarzellen oder auch nicht-flüchtiger Computerarbeits-speicher zeigt aber, dass der Weg von einzelnen Prototypen zur alltags-tauglichen Massenanwendung oftmals sehr steinig sein kann.

Kleiner Exkurs:
Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

- Potentiale durch Sonneneinstrahlung oder Winde sind in Nordafrika durchwegs günstig.
- Durch die geringe Besiedelung und die karge Vegetation stellt der Flächenbedarf kein so großes Problem dar.
- Die Gewinnung großer Mengen an gereinigtem Wasser durch Meerwasserentsalzung ist jedoch mit enormen ökologischen Belastungen verbunden.
- Der Zeithorizont bis zur vernünftigen Anwendbarkeit aller notwendigen Technologien im Großmaßstab ist schwer abschätzbar, ebenso wie noch unerwartete Nebenfolgen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf
https://www.researchgate.net/publication/349240064
https://www.uni-heidelberg.de/md/hcch/ueber_uns/schmitt_2020__gr__erneuerbare_energien_nordafrika.pdf
https://saharawind.com/de/sahara-wind-projekt-wind-energiepotential
https://doi.org/10.1016/j.marpolbul.2020.111773
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1067144/atmospheric-implications-of-increased-hydrogen-use.pdf

Ein weiterer Punkt sind noch nicht vollständig abzuschätzende Folgen, etwa in Bezug darauf, was eine massive Steigung von zum Teil kaum zu verhindernden Wasserstoffleckagen für die Atmosphärenchemie bedeutet.

Wie vorhin aufgezeigt wurde, müssen wir den Afrikaner selbst einen gewissen Wohlstand in der breiten Bevölkerung zugestehen, weshalb sie nicht nur ein Anrecht auf eine gute Versorgung mit Elektrizität haben, sondern dort, wo es vernünftig ist, eben auch auf Wasserstoff und daraus herstellbaren Materialien.

Angesicht dessen ist es völlig unbegreiflich, dass jüngst das Verbot von Verbrennermotoren bei PKWs, über das eigentlich bereits ein Konsens erzielt worden war, wieder in Frage gestellt wurde.
Die arroganten Phantasien, dass der globale Süden Europa mit klimaneutralen Energieträgern versorgen soll, deren Herstellung ein Vielfaches an Strom aus erneuerbaren Quellen benötigt und die Umwelt zusätzlich schwer belastet, zeigt wieder einmal, wie wenig den Eliten an echter Klimagerechtigkeit oder einem wirklich Schutz der Artenvielfalt liegt.

Kleiner Exkurs: Wasserstoff und E-Fuels aus Afrika – Lösung oder neokoloniale Sackgasse?

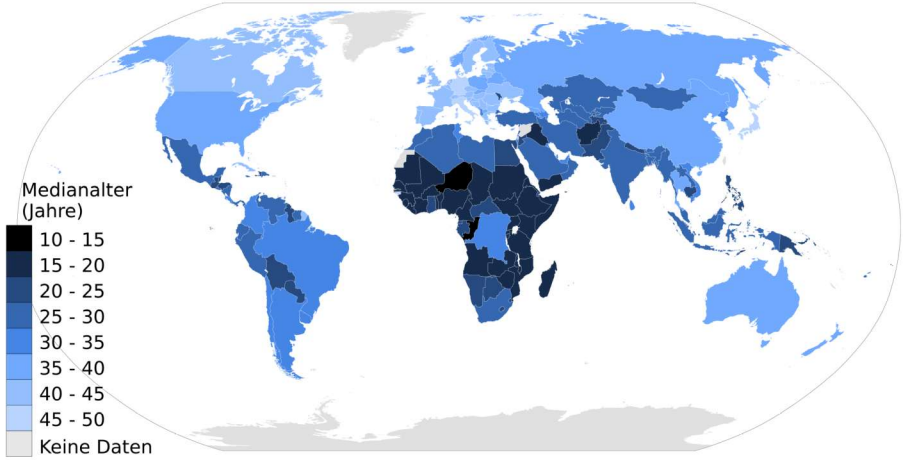
- Potentiale durch Sonneneinstrahlung oder Winde sind in Nordafrika durchwegs günstig.
- Durch die geringe Besiedelung und die karge Vegetation stellt der Flächenbedarf kein so großes Problem dar.
- Die Gewinnung großer Mengen an gereinigtem Wasser durch Meerwasserentsalzung ist jedoch mit enormen ökologischen Belastungen verbunden.
- Der Zeithorizont bis zur vernünftigen Anwendbarkeit aller notwendigen Technologien im Großmaßstab ist schwer abschätzbar, ebenso wie noch unerwartete Nebenfolgen.

Quellen: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/697199/EPRS_STU(2021)697199_EN.pdf
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Fair_Hydrogen.pdf
https://corporateeurope.org/sites/default/files/2023-03/Germany%E2%80%99sGreatHydrogenRace_CEO.2023.pdf
https://www.researchgate.net/publication/349240064
https://www.uni-heidelberg.de/md/hcch/ueber_uns/schmitt_2020__gr__erneuerbare_energien_nordafrika.pdf
https://saharawind.com/de/sahara-wind-projekt-wind-energiepotential
https://doi.org/10.1016/j.marpolbul.2020.111773
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1067144/atmospheric-implications-of-increased-hydrogen-use.pdf

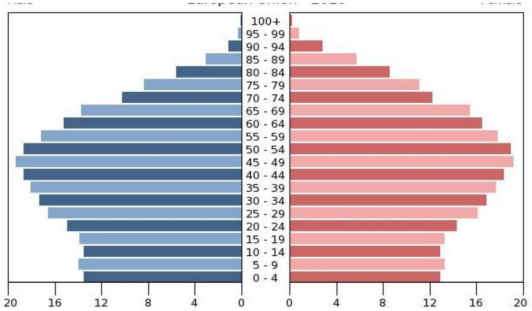
Natürlich sind auch Massen an E-SUVs keine Lösung. Daher braucht es kluge Mobilitätskonzepte, die den öffentlichen Verkehr, Carsharing und ergänzend auch möglichst langlebige, gut reparierbare und rezyklierbare E-Fahrzeuge umfassen. Bei letzteren sollte wiederum jene mit geringerem Eigengewicht, etwa E-Bikes bevorzugt werden.

Es hat allerdings keinen Sinn, wenn wie in letzter Zeit vermehrt zu beobachten, praktisch leere Busse durch die Gegend gondeln. In manchen Regionen oder zu Zeiten geringerer Fahrgastfrequenzen könnten geförderte Sammeltaxisysteme mit im Hinblick auf die Routenplanung ausreichend dimensionierter Voranmeldefrist eine sinnvolle Option sein.

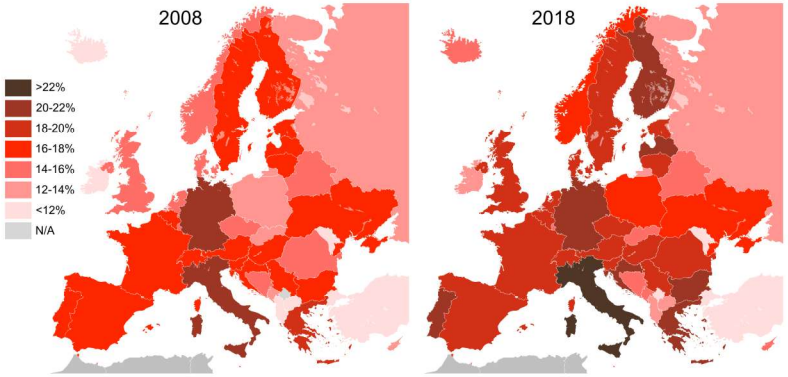
Vernünftiger Klimaschutz ist nur durch Bedarfsreduktion erreichbar. Undurchdachte neokoloniale Konzepte führen mehr oder weniger bloß zu Verlagerungen im Hinblick auf Umweltprobleme. Außerdem besteht die Gefahr, dass Großprojekte zusammen mit korrupten Eliten im globalen Süden gegen berechtigte Interessen der lokalen Bevölkerung durchgezogen werden, was alte Ausbeutungsmuster prolongiert.



Medianalter in verschiedenen Ländern der Erde.



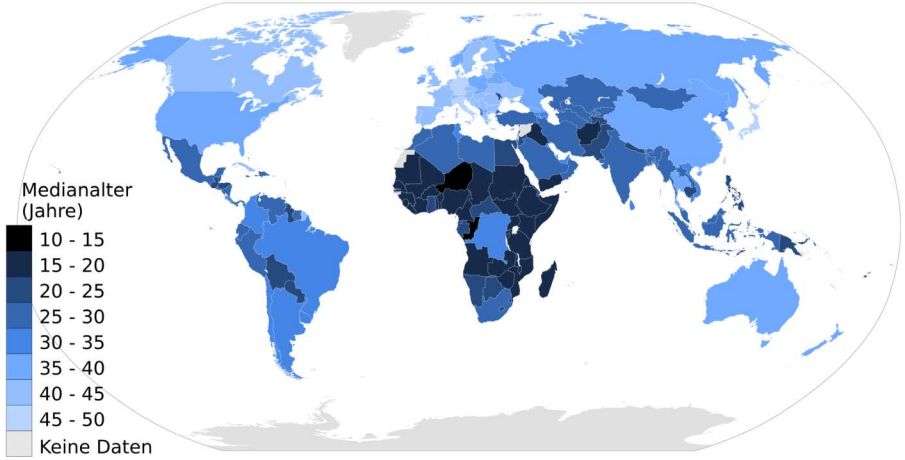
Alterspyramide der Bevölkerung in der Europäischen Union 2016.



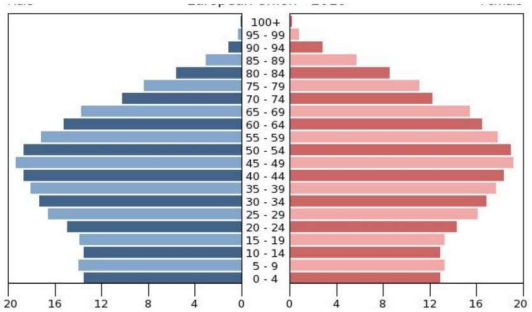
Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung in verschiedenen Ländern Europas.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Medianalter
https://en.wikipedia.org/wiki/Ageing_of_Europe

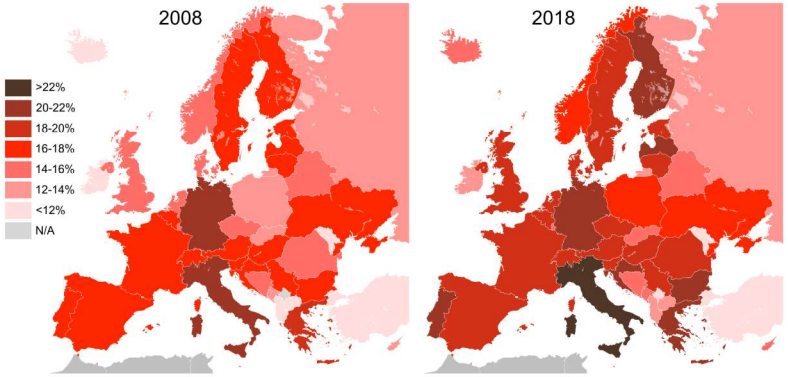
Es gibt einen weiteren Grund, der nicht nur eine Beschränkung im ressourcenintensiven Güterkonsum sondern darüber hinaus auch im Dienstleistungssektor verlangt.
In alternden Gesellschaften wie in Europa ist nämlich noch ein Engpass absehbar, nämlich bei den Personen im erwerbsfähigen Alter. Auch wenn man durch eine Erhöhung des Pensions-antrittsalters die Situation kurzfristig ein wenig entschärfen kann, langfristig steht einer geringeren Zahl von arbeitenden Menschen eine bei allem medizinischen Fortschritt steigende Zahl an Pflegebedürftigen gegenüber. Es wird deshalb auch bei den sogenannten Humanressourcen zu Umschichtungen kommen müssen, was impliziert, dass manche Sektoren, etwa der Tourismus schrumpfen wird müssen. Im Zuge eines Übergangs zu einer gerechteren Weltwirtschaft steigt aber auch die Gegenleistung, die für Importe erbracht werden müssen. Die Terms of Trade verschlechtern sich dann nämlich für Europa und Co., und das, wie ich bereits vorsichtig angerissen habe, ganz ordentlich.



Medianalter in verschiedenen Ländern der Erde.



Alterspyramide der Bevölkerung in der Europäischen Union 2016.



Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung in verschiedenen Ländern Europas.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Medianalter
https://en.wikipedia.org/wiki/Ageing_of_Europe

Zuwanderung könnte zwar ebenfalls abmildernd wirken, aber diese Lösung gleicht global gesehen einem Pyramidenspiel, bei dem bekanntlich die Letzten, sprich spätere Generationen, durch die Finger schauen. Falls es im globalen Süden zu keinem demographischen Übergang kommt, dann wird die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen selbst bei geringerem Pro-Kopf-Verbrauch eintreten. Wenn es aber gelingt, den dortigen Menschen einen bescheidenen Wohlstand zukommen zu lassen, sodass auch dort die Fertilitätsraten sinken, dann wird das Problem einer schrumpfenden Bruttoerwerbstätigenquote umso heftiger in Erscheinung treten, wenn die jetzt sehr jungen Populationen altern, bevor eine vernünftige Infrastruktur aufgebaut ist. Das bedeutet, sollte es unseren reichen Gesellschaften nicht gelingen, ein gutes Leben bei kleinerem Anteil an Erwerbstätigen aufrecht zu erhalten, welche Perspektive bleibt dann, den gegenwärtigen Kindern in Afrika?
Wir müssten eigentlich nachhaltige Lösungen erarbeiten, die dort später adaptiert werden können. Außerdem dürfen wir keinen Braindrain befördern sondern müssten, wie bereits vorgeschlagen, die Ausbildung von Fachkräften für die Entwicklung unterstützen.

3 Gründe für die Notwendigkeit der Reduktion des Bedarfs:

1) Leistbarkeit fairer Welthandelsbeziehungen.

2) Schonung der natürlichen Ressourcen und Senken.

3) Sinken des Erwerbsfähigenanteils in alternden Gesellschaften.

Das eigentlich Ziel von Wirtschaft: Ein gutes Leben für möglichst alle!

Es gibt also drei Gründe, warum Wirtschaft und Gesellschaft so umgestaltet werden müssen, dass ein gutes Leben bei weniger Bedarf möglich bleibt:

1) Leistbarkeit fairer Welthandelsbeziehungen.
2) Schonung der natürlichen Ressourcen und Senken.
3) Sinken des Erwerbsfähigenanteils in alternden Gesellschaften.

Dabei sollte man etwas bedenken, was seit dem Beginn der Industrialisierung in Vergessenheit geraten ist. Die Steigerung der Menge an Gütern und Dienstleistungen war kein Selbstzweck, sie diente der Überwindung von Not und Armut, damit ein gutes Leben für möglichst alle verwirklicht werden konnte.
Nun soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass manche über das Notwendige hinausgehende Innovation das Leben sehr erleichtert oder bereichert hat, und das soll natürlich auch künftig möglich bleiben. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass im Zuge dessen nicht die Lebens-grundlagen für die Gegenwart oder Zukunft gefährdet werden.

3 Gründe für die Notwendigkeit der Reduktion des Bedarfs:

1) Leistbarkeit fairer Welthandelsbeziehungen.

2) Schonung der natürlichen Ressourcen und Senken.

3) Sinken des Erwerbsfähigenanteils in alternden Gesellschaften.

Das eigentlich Ziel von Wirtschaft: Ein gutes Leben für möglichst alle!

In einer rationalen Ökonomie geht es darum, Ziele möglichst effizient, mit möglichst geringem Aufwand, also in rationeller Weise, zu erreichen. Das wird auf Unternehmensebene durch Maßnahmen zur Minimierung der Kosten innerhalb der politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen umgesetzt. Allerdings erlauben diese momentan die Externalisierung von vielen Umweltbelastungen. Sie gestatten Lieferketten, in denen Mensch und Natur in einem Maße ausgebeutet werden, wie dies im Inland schon längst nicht mehr erlaubt ist. Außerdem sind viele Geräte und andere Dinge nur hinsichtlich einer billigen Herstellung optimiert, nicht jedoch in Bezug auf den gesamten Produkt-lebenszyklus, im Sinne von maximalem Nutzen für den Konsumenten bei möglichst geringem Gesamtaufwand. Es wäre höchste Zeit die Spielregeln vernünftiger zu gestalten.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Es gibt immer wieder Diskussionen darüber, inwieweit Hersteller die Lebensdauer ihrer Produkte möglicherweise durch geplante Obsoleszenz gezielt verringern und die Endkunden so übervorteilen. Ob die verringerte Lebensdauer nun tatsächlich beabsichtigt ist oder als ein unerwünschter Nebeneffekt etwa aus dem Kostendruck resultiert, der vor allem von Großabnehmern wie Handelsketten stammt, ist oft schwer festzumachen.

Um einen eventuell unangebrachten verschwörungstheoretischen Beigeschmack zu meiden, wäre vielleicht die Verwendung der Begriffe "vorzeitige" bzw. "verfrühte" Obsoleszenz adäquater.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Ein oftmals angeführtes Beispiel, nämlich die Begrenzung der mittleren Lebensdauer von Glühbirnen auf ca. 1000 Stunden durch das sogenannte Phoebuskartell, einem Zusammenschluss führender Glühlampenhersteller in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zeigt bei näherer Betrachtung, dass die Lage oft nicht so eindeutig zu beurteilen ist. Es gibt bei den klassischen Glühbirnen nämlich einen Konflikt zwischen den Parametern Lebensdauer, Farbtemperatur und Lichtausbeute pro aufgewendeter elektrischer Energie. Die Einigung des Kartell kann auch als normierende Standardisierung zur besseren Vergleichbarkeit der Produkte zwischen den Herstellern verteidigt werden, die eben einen Kompromiss zwischen den voneinander abhängigen Eigenschaften darstellt, wenngleich in einem internen Papier auch der Umsatz als Begründung für die getroffene Wahl bei der Festlegung angeführt wurde.

Bei aktuellen elektronischen Geräten wird häufig auf die Kompaktheit und das geringere Gewicht als Rechtfertigung für Abstriche bei der Lebensdauer hingewiesen.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass viele Produkte bei weitem nicht so lange halten, wie mit vertretbarem Mehraufwand und ohne größere Einbußen beim Nutzungskomfort locker zu schaffen wäre.

Es fehlt schlicht der Anreiz und Wettbewerb in diesem Sektor, da der Normalverbraucher im Geschäft die Haltbarkeit und zu erwartenden Lebensdauer meist schwer abschätzen kann. Hier bräuchte es unabhängige kritische und sachliche Informationen, die sich auf entsprechende Produktprüfungen stützen. Dabei soll neben der reinen Haltbarkeit auch die Reparierbarkeit begutachtet werden.

Durch geeignete Produktzulassungs-normen soll der Einsatz von standardisierten Normteilen etwa bei Schrauben etc. gefördert werden. Außerdem sollten die Hersteller zur Unterstützung bei Reparaturen mittels Anleitungen und der Verfügbarkeit von Ersatzteilen zu verhältnismäßigen Preisen verpflichtet werden. Reparaturanleitungen, Schaltpläne usw. sollten in öffentlichen Online-Repositorien zeitlich unbefristet abrufbar gemacht werden müssen.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Die Designer sollten sich gegenseitig darin überbieten, ein langlebigeres, einfach und günstig zu reparierendes Produkt zu kreieren. Bei einer Waschmaschine oder im Geschirrspüler sollte beispielsweise nicht nur die Laugenpumpe als Ganzes zu tauschen sein, sondern die Pumpe selbst, etwa bei undichter Wellendichtung reparierbar sein, weil so die Materialverschwendung massiv reduziert wird.
Und am Ende des Produktzyklus soll nicht nur eine stoffliche Wiederverwertung durch Erleichterung der Trennung vereinfacht werden, sondern das Ausschlachten und Weiternutzen von Komponenten in möglichst großem Umfang bereits durch die ursprüngliche Gestaltung unterstützt werden. Das Einschmelzen von Metallteilen ist nämlich mit enormem Energieaufwand verbunden und bei Kunststoffen tritt bei Rezyklaten nicht selten eine deutliche Qualitätsminderung ein.
Im Zusammenhang mit dem Umstieg auf Elektromobilität wäre es dringendst angebracht, dass die neuen Fahrzeuge in Bezug auf Haltbarkeit, leichter Reparierbarkeit und Wiederverwertbarkeit gleich vernünftig konzipiert und konstruiert werden. Es wäre eine Katastrophe im Hinblick auf die künftige Wohlstandserhaltung, falls dies nicht geschieht.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Neben der limitierten Haltbarkeit führen aber auch gezielte Marketingstrategien dazu, dass die Konsumenten sich vorzeitig ein neues Produkt wünschen.

Deshalb muss Werbung für Konsumgüter beschränkt werden. Es braucht Kampagnen gegen die derzeitige fast allgegenwärtige Konsumpropaganda und für ein überlegtes verantwortungsbewusstes Kaufverhalten.

Derzeit ist eine Armada an Psychologen, Werbetextern, Grafikern damit beschäftigt, uns zu noch mehr Konsum zu verführen.
Man sollte dieses Fachkräftepotential eher dazu nutzen, uns zu einem sinnvollen, gesünderen und vor allem nachhaltigeren Lebensstil zu animieren.

Werbetexter und Grafiker könnten überdies künftig zur Erstellung wirklich gut verständlicher ausführlicher Bedienungs-, Wartungs- und Reparaturanleitungen beitragen, und so mithelfen, dass sich die Lebensdauer von Geräten durch einen pfleglichen Umgang erhöht.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Es geht um einen praktisch revolutionären Kulturwandel. Wir müssen die lange Nutzung von Gütern, zu etwas prestigeträchtigen machen, zu etwas, womit man vor den Nachbarn punkten kann. Die Patina individueller Gebrauchs- und Reparaturspuren sollten wir nicht mehr als wertmindernden Mangel betrachten, sondern als Zeugnis für unser persönliches Verantwortungs-bewusstsein gegenüber den Ressourcen der Erde und unseren Beitrag dafür, dass möglichst alle ihren fairen Anteil innerhalb der Wertschöpfungsketten bekommen können. Die gegenwärtige Wegwerfkultur ist schließlich nur unter Ausbeutung von Menschen und Umwelt aufrecht zu erhalten.

Sinngemäß gelten ähnliche Über-legungen natürlich auch in Bezug auf unsere Freizeit- und Urlaubsgestaltung wo etwa auch der Massentourismus für erhebliche Kollateralschäden sorgt.

Neben dem Aspekt von unnötigem Kaufen hat auch das scheinbar harmlose Vergeuden von Zeit mit sinnlosem Shopping-Verhalten weitergehende Konsequenzen.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Es ist kein Zufall, dass im Zuge der neoliberalen ausbeuterischen Verlagerung der Produktion in Billiglohnländern auch eine sozialpolitische Errungenschaft scheibchenweise wieder ausgehöhlt wurde, nämlich die vormalige Reduktion der Ladenöffnungszeiten.
Was im Sinne des ungebremsten Konsumismus als Freiheit erscheint, und für eine wachstumsorientierte Politik einen arbeitsmarktpolitischen Ausgleich für die verloren gegangenen Industriejobs schafft, stellt für die Handelsangestellten und ihre Angehörigen eine gewaltige Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse dar. Sie hatten zuvor von den zunehmenden Beschränkungen profitiert, indem dem Kommerz entzogene Zeiträume für ein ungestörtes Familien- und sonstiges Sozialleben, etwa im Freundeskreis gewonnen worden waren, wo eine große Zahl der Menschen sich gleichzeitig gemeinsamen privaten Aktivitäten abseits des Berufes widmen konnten.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Die neuerliche Ausweitung der Öffnungszeiten brachte es mit sich, dass die Tagesstruktur der kleinen Handelsangestellten, darunter viele Frauen, mit ungünstig verteilten unbezahlten Pausen belastet wurde, während die gemeinsamen Abende mit Kindern und Partner zerstört wurden. Vielfach kann eine Vereinbarkeit mit Betreuungspflichten nur durch Ausweichen auf Teilzeitbeschäftigung aufrecht erhalten werden, was in der medialen Debatte über das Phänomen selbst von Experten kaum zur Sprache gebracht wird. In unbedachter Weise wird bloß die Ausweitung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungs-einrichtungen gefordert und damit eine weitere Berufsgruppe und das Leben von Kleinkindern dem Diktat von vermeintlichen Wirtschaftsinteressen unterworfen.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Interessant, dass selbst angeblich links orientierte Parteien oder Gewerkschaften solche Zusammenhänge wenig reflektieren und sich etwa mehr oder weniger still am Dammbruch zur Sonntagsladenöffnung in Österreich während der Coronakrise beteiligen. Seit Jahren versuchen ja Lobbyisten mit immer neuen fadenscheinigen Gründen die sogenannte Allianz für den freien Sonntag aufzubrechen und lassen keine sich bietende Gelegenheit aus, erneut in diese Richtung zu sticheln.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Neben dem "unsachgemäßen Umgang" mit Humanressourcen wurden aber im Zuge der beschriebenen Entwicklung auch hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen im strengen Sinn eigentlich unproduktive Kosten erhöht. Die aufwendige Warenpräsentation zur Verführung zum Mehrkonsum verbraucht ja auch sonst jede Menge Material und Energie.

Wie aus dem bereits diskutierten Schokoladenbeispiel hervorgeht, sind die Anteile des Einzelhandels am im Preis abgebildeten gesamten Wertschöpfungskuchen gewaltig und betragen oft 40% und mehr.

Dadurch werden nicht nur die Menschen im globalen Süden sondern beispielsweise auch Bauern um ihren fairen Anteil gebracht, was etwa auch in der Landwirtschaft den Kostendruck massiv erhöhte und einen Zwang zur ständigen Steigerung in Richtung billiger Massenproduktion ohne Rücksicht auf Tiere und Umwelt bedingte.

Reduktion des Bedarfs

Verfrühte Obsoleszenz:

- Unabhängige kritische Information für Konsumenten
- Strengere Marktzulassungsbestimmungen und Normen
- Verpflichtende Unterstützung bei Reparaturen (Anleitungen und Ersatzteile)

Psychologische Obsoleszenz, Geltungskonsum, Verführung zum Kauf von eigentlich Unnötigem

- Werbebeschränkungen
- massive Kampagnen gegen Konsumpropaganda und für einen nachhaltigen Lebensstil

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Obsoleszenz https://de.wikipedia.org/wiki/Geplante_Obsoleszenz
https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskartell

Trotz dieser bedenklichen Aspekte drängen die Vertreter der Handelsbranche bzw. präziser ausgedrückt der Anteilseigner der marktdominierenden Konzerne mit ihren Ketten in kurzsichtiger Verblendung ständig auf eine weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten, und zwar unter Verweis auf den rund um die Uhr verfügbaren Onlinehandel.

Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass dies längerfristig die Vertriebskosten in die Höhe treibt, was eigentlich zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Netz-basierten Versandgeschäft führt.

Die Erosion der dem Kommerz entzogenen zeitlichen Freiräume schadet daher nicht nur den kleinen Handelsangestellten und den Eigentümern selbständiger KMUs in diesem Sektor, die ebenfalls in ihrer Work-Life-Balance beeinträchtigt werden, weil der Wettbewerb sie zum Mitziehen zwingt, sondern eigentlich dem gesamten stationären Handel und spielt damit gewissen Internetriesen in die Hände.

Das Beispiel zeigt wieder einmal, wie sich ein auf Konsum verkürzter Freiheitsbegriff letztlich destruktiv auswirkt.

Lebensmittelversorgung

Reduktion der Verschwendung

- Abgabe von Lebensmittel an Sozialmärkte vor dem Ende der Haltbarkeit
- Verbot von verführerischen Mengenrabatten
- Mediale Bewusstseinsförderung

Änderung der Ernährungspräferenzen hin zu weniger Tierprodukte

- Derzeitiger Bedarf nur mit nicht artgerechter Massentierhaltung zu decken
- Massen- und Billigproduktion von bedenklichen Eiweißfuttermittelimporten abhängig

Generelle Umstellung der Agrarpolitik

- Beendigung subventionierter Exporte aus industrieller konventioneller Landwirtschaft
- Förderung einer auf ökologisch verträglicheren naturnäheren Produktion
- Ziel einer nachhaltigen regionalen Versorgung im Sinne des Konzeptes der Ernährungssouveränität

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lebensmittelverschwendung
https://www.unep.org/resources/report/unep-food-waste-index-report-2021
https://ec.europa.eu/food/safety/food-waste_de
https://de.wikipedia.org/wiki/Massentierhaltung
https://de.wikipedia.org/wiki/Ern%C3%A4hrungssouver%C3%A4nit%C3%A4t

Wie vorhin angedeutet bilden die derzeitigen Vertriebsstrukturen einen Treiber für eine nicht nachhaltige Massenproduktion in der Landwirtschaft.

Daneben hat der hohe Ressourcenverbrauch im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Europas mit einer ganz konkreten enormen direkten Verschwendung zu tun. Nach einer FAO-Studie landete 2011 weltweit betrachtet bis zu einem Drittel der Nahrungsmittel im Müll. Trotz einiger Verbesserungen wurden in der EU mit ihrer guten Infrastruktur für adäquate Lagerung etc. 2016 immer noch 20% der Lebensmittel weggeworfen. Neben einer medialen Sensibilisierung der Bevölkerung sollten verführerische Mengenrabatte verboten und die Abgabe von Lebensmitteln kurz vor dem Ende der Haltbarkeit an Sozialmärkte verpflichtend werden.

Lebensmittelversorgung

Reduktion der Verschwendung

- Abgabe von Lebensmittel an Sozialmärkte vor dem Ende der Haltbarkeit
- Verbot von verführerischen Mengenrabatten
- Mediale Bewusstseinsförderung

Änderung der Ernährungspräferenzen hin zu weniger Tierprodukte

- Derzeitiger Bedarf nur mit nicht artgerechter Massentierhaltung zu decken
- Massen- und Billigproduktion von bedenklichen Eiweißfuttermittelimporten abhängig

Generelle Umstellung der Agrarpolitik

- Beendigung subventionierter Exporte aus industrieller konventioneller Landwirtschaft
- Förderung einer auf ökologisch verträglicheren naturnäheren Produktion
- Ziel einer nachhaltigen regionalen Versorgung im Sinne des Konzeptes der Ernährungssouveränität

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lebensmittelverschwendung
https://www.unep.org/resources/report/unep-food-waste-index-report-2021
https://ec.europa.eu/food/safety/food-waste_de
https://de.wikipedia.org/wiki/Massentierhaltung
https://de.wikipedia.org/wiki/Ern%C3%A4hrungssouver%C3%A4nit%C3%A4t

Darüber hinaus tragen die Ernährungspräferenzen zugunsten eines hohen Anteils an tierischen Produkten zur Erhöhung des Ressourcenverbrauchs bei, da bei der Verwertung des Futters durch die Tiere gegenüber einer direkten menschlichen Pflanzenkost zwangsläufig Verluste eintreten, die etwa die Belastung mit Treibhausgasen in der Herstellung erhöhen. Dazu kommt, dass eine artgerechte Haltung im Sinne des Tierwohls beim momentanen Verbrauch illusorisch ist, weil dies hinsichtlich des Flächenbedarfes und sonstigen Aufwandes jeden ökologisch vertretbaren Rahmen sprengen würde. Das derzeitige Ausmaß des Fleischkonsums ist außerdem nur mit bedenklichen Eiweißfuttermittelimporten möglich, die etwa die Abholzung von Regenwäldern oder einen Landraub gegenüber der ansässigen Landbevölkerung in den Herkunftsländern mitverursachen.

Lebensmittelversorgung

Reduktion der Verschwendung

- Abgabe von Lebensmittel an Sozialmärkte vor dem Ende der Haltbarkeit
- Verbot von verführerischen Mengenrabatten
- Mediale Bewusstseinsförderung

Änderung der Ernährungspräferenzen hin zu weniger Tierprodukte

- Derzeitiger Bedarf nur mit nicht artgerechter Massentierhaltung zu decken
- Massen- und Billigproduktion von bedenklichen Eiweißfuttermittelimporten abhängig

Generelle Umstellung der Agrarpolitik

- Beendigung subventionierter Exporte aus industrieller konventioneller Landwirtschaft
- Förderung einer auf ökologisch verträglicheren naturnäheren Produktion
- Ziel einer nachhaltigen regionalen Versorgung im Sinne des Konzeptes der Ernährungssouveränität

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lebensmittelverschwendung
https://www.unep.org/resources/report/unep-food-waste-index-report-2021
https://ec.europa.eu/food/safety/food-waste_de
https://de.wikipedia.org/wiki/Massentierhaltung
https://de.wikipedia.org/wiki/Ern%C3%A4hrungssouver%C3%A4nit%C3%A4t

Es bedarf einer generellen Umstellung der Agrarpolitik, weg von subventionierten Exporten aus konventioneller Produktion, die zum Beispiel in Afrika durch Verdrängung dortige kleinbäuerliche Selbsversorgerstrukturen zerstören, hin zu einer nachhaltigen regionalen Versorgung mit großem Bioanteil und hohen Tierwohlstandards.

Medienfinanzierung

Die Abhängigkeit von Werbekunden korrumpiert nicht nur eine objektive Berichterstattung über Produkte und Firmen, sondern führt auch zu einer Anbiederung bei deren politische Interessen.

Die Finanzierung der für die Demokratie wichtigen vierten Gewalt sollte ausschließlich auf folgenden zwei Säulen beruhen:

- Zahlungen von Medienkonsumenten etwa in Form von Abonnements (eventuell flankiert von öffentlich gestützten Sozialtarife für Einkommensschwache)
- Öffentliche Förderungsvergabe durch eine unabhängige europäische Institution nach strikt objektiven Kriterien, die die Meinungsvielfalt innerhalb eines ethischen Rahmens gewährleistet.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Medienmanipulation#Kunden_bzw._Werbewirtschaft

Ein grundsätzliches strukturelles Hindernis für einen Kulturwandel hin zu einem genügsameren Lebensstil besteht darin, dass die meisten Medien, aber auch viele Internetdienste und Plattformen zumindest zu einem erheblichen Teil werbefinanziert sind. Dabei ist nicht nur der direkte Einfluss der Werbung ein Problem, sondern auch der Umstand, dass Redaktionen in ihrer kritischen Haltung gegenüber Inserenten korrumpiert werden. In diesem Zusammenhang wird nicht nur die objektive Berichterstattung über zweifelhafte Produkte beeinträchtigt, vielmehr besteht die Gefahr der politischen Einflussnahme zugunsten von Interessen einer finanzstarken Minderheit.

Medienfinanzierung

Die Abhängigkeit von Werbekunden korrumpiert nicht nur eine objektive Berichterstattung über Produkte und Firmen, sondern führt auch zu einer Anbiederung bei deren politische Interessen.

Die Finanzierung der für die Demokratie wichtigen vierten Gewalt sollte ausschließlich auf folgenden zwei Säulen beruhen:

- Zahlungen von Medienkonsumenten etwa in Form von Abonnements (eventuell flankiert von öffentlich gestützten Sozialtarife für Einkommensschwache)
- Öffentliche Förderungsvergabe durch eine unabhängige europäische Institution nach strikt objektiven Kriterien, die die Meinungsvielfalt innerhalb eines ethischen Rahmens gewährleistet.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Medienmanipulation#Kunden_bzw._Werbewirtschaft

Man muss dabei bedenken, dass statistisch gesehen, der Durchschnitts-konsument gänzlich oder teilweise werbefinanzierte Medien indirekt über höhere Produktpreise bezahlt und darüber hinaus zusätzlich die ganze Manipulationsmaschinerie der Marketingbranche, um letztlich mit einer Meinungsmache im Sinne einer reichen Minderheit abgespeist zu werden. Der billigere Zugang ist gesamtgesellschaftlich gesehen teuer erkauft. Man sollte den Medienzugang für einkommensschwache Schichten besser durch öffentliche Zuschüsse zu Sozialtarifen sichern. Direkte Geldflüsse von Konsumenten und öffentlicher Hand könnte Macht und Einfluss in Bezug auf die Richtung in die sich der gesellschaftlichen Diskurs bewegt, transparenter machen und einen ausschließlich dem Leser, Seher oder Hörer verpflichteten Journalismus begünstigen.

Medienfinanzierung

Die Abhängigkeit von Werbekunden korrumpiert nicht nur eine objektive Berichterstattung über Produkte und Firmen, sondern führt auch zu einer Anbiederung bei deren politische Interessen.

Die Finanzierung der für die Demokratie wichtigen vierten Gewalt sollte ausschließlich auf folgenden zwei Säulen beruhen:

- Zahlungen von Medienkonsumenten etwa in Form von Abonnements (eventuell flankiert von öffentlich gestützten Sozialtarife für Einkommensschwache)
- Öffentliche Förderungsvergabe durch eine unabhängige europäische Institution nach strikt objektiven Kriterien, die die Meinungsvielfalt innerhalb eines ethischen Rahmens gewährleistet.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Medienmanipulation#Kunden_bzw._Werbewirtschaft

Allerdings ist bei öffentlichen Förderungen darauf zu achten, dass diese strikt auf Basis nachvollziehbarer allgemeiner, für alle gleicher Kriterien erfolgt und politischer Einfluss auf die Redaktionen durch umfangreiche Schutzmaßnahmen soweit wie nur irgend möglich ausgeschlossen wird. Innerhalb der EU wäre eine Lösung auf Unionsebene wünschenswert, die aber auch von Institutionen wie Rat, Kommission etc. unabhängig ist. Eventuell soll dem europäischen Parlament oder aber einem gesondert gewählten Gremium eine Kontroll-funktion über die Einhaltung der Unparteilichkeit der Vergabebehörde eingeräumt werden.
Bei der Verbreitung von Regierungs-inseraten und Wahlkampfwerbung soll nur eine Aufwandsentschädigung zur Abgeltung der dadurch verursachten Mehrkosten erlaubt sein. Es soll ein Diskriminierungsverbot bezüglich aller zugelassenen wahlwerbenden Listen geben (Entweder gar keine Wahlwerbung oder, soweit der Wunsch zur Nutzung des konkreten Mediums bei einer bestimmten Liste vorhanden ist, die gleichen Möglichkeiten im selben Umfang zum einheitlichen Tarif).
Öffentlich rechtliche Medien sollten zur fairen ausgewogenen Information des Wählers verpflichtet sein.

Eigentumsverhältnisse im Mediensektor

- Öffentlich rechtliche Institutionen
  Kontrolle durch das Parlament, aber auch die Zivilgesellschaft in Form von NGOs mit gewisser Mindestgröße und zusätzlich durch von Gebührenzahlern direkt gewählten Vertreter mit Vetorecht.
- Ab gewisser Reichweite sonst nur Genossenschaften, bei denen Stimmrechte einzelner beschränkt sind, die Mitgliederzahl mindestens 1 Promille der Mediennutzer beträgt, und die dem Prinzip der Gemeinnützigkeit unterliegen, welches sich teilweise an das Vorbild österreichischer gemeinnütziger Bauvereinigungen anlehnt.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-rechtlicher_Rundfunk
https://de.wikipedia.org/wiki/Genossenschaft
https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinn%C3%BCtzige_Bauvereinigungen_in_%C3%96sterreich

Neben der Finanzierung spielen natürlich auch die Eigentumsverhältnisse in diesem sensiblen Bereich eine wesentliche Rolle, weshalb ab einer gewissen Reichweite die Verfügungsgewalt privater Personen mit ihren Partikularinteressen beschränkt werden muss.
Öffentlich rechtliche Medien sollten von Gremien beaufsichtigt werden, die nicht nur vom Parlament, sondern auch von zivilgesellschaftlichen NGOs mit einer gewissen Mindestgröße beschickt werden. Außerdem sollten die Gebührenzahler auch zusätzlich direkte Vertreter wählen, die ein gewisses Vetorecht haben.
Daneben sollten Medien ab einer bestimmten Reichweite nur mehr als Genossenschaft erlaubt sein, bei der die Stimmrechte einzelner erheblich beschränkt sind, und welche zudem auf eine größere Mindestzahl von Mitgliedern verteilt sind . Diese Mindestzahl sollte von einer Lizenzvergabebehörde nach objektiven Vorgaben regelmäßig ermittelt werden und sollte sich mindestens im Promillebereich in Bezug auf die mittlere Zahl der Mediennutzer bewegen. Darüber hinaus sollten Medienunternehmen dem Prinzip der Gemeinnützigkeit unterliegen, ähnlich wie manche österreichische gemeinnützige Bauvereinigungen.

Eigentumsverhältnisse im Mediensektor

- Öffentlich rechtliche Institutionen
  Kontrolle durch das Parlament, aber auch die Zivilgesellschaft in Form von NGOs mit gewisser Mindestgröße und zusätzlich durch von Gebührenzahlern direkt gewählten Vertreter mit Vetorecht.
- Ab gewisser Reichweite sonst nur Genossenschaften, bei denen Stimmrechte einzelner beschränkt sind, die Mitgliederzahl mindestens 1 Promille der Mediennutzer beträgt, und die dem Prinzip der Gemeinnützigkeit unterliegen, welches sich teilweise an das Vorbild österreichischer gemeinnütziger Bauvereinigungen anlehnt.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-rechtlicher_Rundfunk
https://de.wikipedia.org/wiki/Genossenschaft
https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinn%C3%BCtzige_Bauvereinigungen_in_%C3%96sterreich

Ohne Änderung der Eigentums-verhältnisse im Bereich der vierten Gewalt leben wir in keiner wirklichen Demokratie.

Selbst, in der vorbildlichen schweizer direkten Demokratie, wo die Stimmbürger zu jeder Abstimmung eine ausgewogen Information pro und kontra erhalten, zeigt sich, dass erstaunlich viele Resultate den Interessen einer wohlhabenden Minderheit folgen. Man denke an die Eidgenössische Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" oder die Volksinitiative "Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt" oder die Volksinitiative "1:12 – Für gerechte Löhne", um nur ein paar exemplarische Beispiele anzuführen. Sie wurden allesamt abgelehnt. Eine Durchsicht der gesamten auf Wikipedia angeführten Abstimmungsliste zeigt, dass sich die reichen Eliten in der überwiegenden Zahl mit ihren Präferenzen durchgesetzt haben. Eine der wenigen Ausnahmen ist die Volksinitiative "gegen die Abzockerei".

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Probleme des Konzeptes proprietärer Software:

- Erschwert den Markteintritt von neuen Anbietern, die gute Ideen zur Weiterentwicklung hätten.
- Fehlende Transparenz bei der Verarbeitung und möglichen missbräuchlichen Verwendung von Nutzerdaten.
  (Spionage im Zuge von Cloud-Anwendungen oder bei Updates?)
- Beitrag zur vorzeitigen Obsoleszenz durch Sicherheitsupdates, die die Hardware verlangsamen oder durch fehlende Treiber bei neuen Programmversionen.
- Keine Möglichkeit der Adaption und sei es nur zur Herstellung der Kompatibilität mit einem neuen Betriebssystem, welches sich ebenfalls nicht anpassen lässt.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Propriet%C3%A4re_Software

Die Digitalisierung der letzten Dekaden war von bedenklichen Machtkonzentrationen begleitet, und zwar einerseits in wirtschaftlicher Hinsicht, anderseits aber auch im Hinblick auf die Einflussnahme- oder Manipulationsmöglichkeiten im gesellschaftlich politischen Diskurs.
Das Konzept proprietärer Software führt dazu, dass neue Dienstleister gegenüber einmal etablierten Großanbietern kaum eine Chance haben, auch wenn sie innovative Ideen zur Weiterentwicklung hätten.
Während bei Erfindungen sogar nach momentaner Gesetzeslage zumindest nach Ablauf der Patente, die Möglichkeit besteht, auf dem bisher Erreichten aufzubauen, versuchen Softwarekonzerne dauerhafte Mono- oder zumindest Oligopole einzurichten. Außerdem kann, was den Datenschutz betrifft, nicht immer nachvollzogen werden, ob und wie gut dieser etwa von einem Betriebssystem gewährleistet wird.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Probleme des Konzeptes proprietärer Software:

- Erschwert den Markteintritt von neuen Anbietern, die gute Ideen zur Weiterentwicklung hätten.
- Fehlende Transparenz bei der Verarbeitung und möglichen missbräuchlichen Verwendung von Nutzerdaten.
  (Spionage im Zuge von Cloud-Anwendungen oder bei Updates?)
- Beitrag zur vorzeitigen Obsoleszenz durch Sicherheitsupdates, die die Hardware verlangsamen oder durch fehlende Treiber bei neuen Programmversionen.
- Keine Möglichkeit der Adaption und sei es nur zur Herstellung der Kompatibilität mit einem neuen Betriebssystem, welches sich ebenfalls nicht anpassen lässt.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Propriet%C3%A4re_Software

Es ist oft erstaunlich, welche Datenmengen z. B. im Zuge der Updatefunktion an Hersteller gesendet werden. Es gibt EDV-Spezialisten, die manche Systeme überhaupt als Spionagesoftware im Hinblick auf das Nutzerverhalten einstufen.
(vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Criticism_of_Microsoft_Windows)

Zudem trägt die Notwendigkeit von Sicherheitsupdates im Falle einer Netzanbindung zur vorzeitigen Obsoleszenz bei, da alte Hardware im Zuge dessen oft ohne ersichtlichen Grund spürbar langsamer wird. Nach Ende des Supports gibt es häufig in der Nachfolgeversion keine passenden Treiber mehr. Beim Betriebssystem kann sich die vorzeitige Obsoleszenz auch auf Software beziehen, die nicht mehr unterstützt wird. Ist der Quellcode nicht zugänglich, besteht keine Möglichkeit der Adaption, sodass man dem "good will" der Hersteller ausgeliefert ist.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Vorteile von Open Source Lösungen
(unter der Voraussetzung entsprechend guter Qualität und Dokumentation des Quellcodes):

- Mit Hilfe von EU-Projekten ordentlich weiterentwickelte offene Betriebsysteme, Officeanwendungen und andere Software (Buchhaltung, ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) könnten langfristig Lizenzkosten in der öffentlichen Verwaltung einsparen und KMUs oder Ländern im globalen Süden kostenlos oder sehr preiswert zur Verfügung gestellt werden, um deren Digitalisierungsrückstände zu verringern.
- Anpassungen sind unabhängig von ursprünglichen Anbieter möglich. Die laufende Wartung kann als Dienstleistung vergeben werden. Sollte Preis oder Servicequalität nicht mehr passen, kann ein Vertragspartner-wechsel ohne komplette Systemumstellung bewältigt werden.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Open_Source

Das Konzept einer transparenten und frei modifizierbaren Open Source Software kann hier viele Schwierigkeiten von vornherein vermeiden. Es gibt dabei jedoch das Problem hinsichtlich der Sicherung eines Lebensunterhaltes der Programmierer. Die Abhängigkeit von Großspendern, die interessanterweise zum Teil aus dem proprietären Bereich kommen, bringt manchmal bereits gefährliche Einflussnahmeversuche auf die existierende Open Source Szene mit sich. Deshalb scheint eine Förderung durch die Allgemeinheit dringend angebracht.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Vorteile von Open Source Lösungen
(unter der Voraussetzung entsprechend guter Qualität und Dokumentation des Quellcodes):

- Mit Hilfe von EU-Projekten ordentlich weiterentwickelte offene Betriebsysteme, Officeanwendungen und andere Software (Buchhaltung, ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) könnten langfristig Lizenzkosten in der öffentlichen Verwaltung einsparen und KMUs oder Ländern im globalen Süden kostenlos oder sehr preiswert zur Verfügung gestellt werden, um deren Digitalisierungsrückstände zu verringern.
- Anpassungen sind unabhängig von ursprünglichen Anbieter möglich. Die laufende Wartung kann als Dienstleistung vergeben werden. Sollte Preis oder Servicequalität nicht mehr passen, kann ein Vertragspartner-wechsel ohne komplette Systemumstellung bewältigt werden.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Open_Source

Die öffentliche Beschaffung von neuer Software sollte ehebaldigst nur noch auf Basis von Open-Source Lizenzen mit der Auflage zu möglichst über-sichtlichem, gut gepflegtem und dokumentiertem Code erfolgen. Die Bereitstellung und Pflege der Software soll als Dienstleistung in regelmäßigen Abständen geprüft und immer wieder neu ausgeschrieben werden, nicht zuletzt um durch einen gewissen Wettbewerb Anreize zu innovativen Verbesserungen zu setzen. Bei entsprechender Quellcodequalität kann gegebenenfalls ein Anbieterwechsel erfolgen, ohne dass ein System komplett umgestellt werden muss, falls etwa der bisherige Betreuer zuletzt etwas nachlässiger wurde oder nicht in der Lage sein sollte, zukünftig notwendige Funktionen zu implementieren.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Vorteile von Open Source Lösungen
(unter der Voraussetzung entsprechend guter Qualität und Dokumentation des Quellcodes):

- Mit Hilfe von EU-Projekten ordentlich weiterentwickelte offene Betriebsysteme, Officeanwendungen und andere Software (Buchhaltung, ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) könnten langfristig Lizenzkosten in der öffentlichen Verwaltung einsparen und KMUs oder Ländern im globalen Süden kostenlos oder sehr preiswert zur Verfügung gestellt werden, um deren Digitalisierungsrückstände zu verringern.
- Anpassungen sind unabhängig von ursprünglichen Anbieter möglich. Die laufende Wartung kann als Dienstleistung vergeben werden. Sollte Preis oder Servicequalität nicht mehr passen, kann ein Vertragspartner-wechsel ohne komplette Systemumstellung bewältigt werden.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Open_Source

Offene Betriebssysteme, Office-Anwendungen und andere Software (Buchhaltung und sonstige ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) für Betriebe und Verwaltung sollen mittels EU-Projekten weiterentwickelt und allen zur Verfügung gestellt werden. Dies würde Digitalisierungsnachteile bei vielen kleineren und mittleren Unternehmen verringern. Außerdem könnten die Programme im Rahmen von Entwicklungshilfe-Projekten an die Bedürfnisse in Ländern des globalen Südens angepasst werden.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Probleme derzeitiger Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen:

- Abgleiten in eine technokratische Überwachung oder maschinell gestützte Massenmanipulation durch Algorithmen, die Suchtverhalten oder Filter-Blasen-Effekte fördern, sich aber einer demokratischer Kontrolle entziehen.
- Finanzierung über Konsumwerbung mit allen schon bei den klassischen Medien diskutierten Folgen in Form einer algorithmengesteuerten Förderung verschwenderischen Verbrauchs und politischer Meinungsmache im Sinne der Vorlieben einer Wirtschaftselite.

Quellen: Zuboff, S. (2018). Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus (B. Schmid, Übers.). Frankfurt am Main New York: Campus Verlag.
Alter, A. (2019). Unwiderstehlich: Der Aufstieg suchterzeugender Technologien und das Geschäft mit unserer Abhängigkeit (Ungekürzte Taschenbuchausgabe; S. Pauli, Übers.). München: Piper.

Ein extrem wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist die Gefahr des Abgleitens in einen technokratischen Überwachungstotalitarismus oder eine maschinell gestützte Massenmanipulation. In diesem Zusammenhang wäre die Offenlegung von Algorithmen, die in Suchmaschinen oder für die Auswahl und Anordnung von Inhalten in sogenannten „Sozialen Medien“ verwendet werden, von entscheidender Bedeutung. Die politische Manipulation durch unterschiedliche Sichtbarkeit und die beobachteten Filterblasen-Effekte müssen ein Thema bei Überlegungen zu einer künftigen Gestaltung sein.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Probleme derzeitiger Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen:

- Abgleiten in eine technokratische Überwachung oder maschinell gestützte Massenmanipulation durch Algorithmen, die Suchtverhalten oder Filter-Blasen-Effekte fördern, sich aber einer demokratischer Kontrolle entziehen.
- Finanzierung über Konsumwerbung mit allen schon bei den klassischen Medien diskutierten Folgen in Form einer algorithmengesteuerten Förderung verschwenderischen Verbrauchs und politischer Meinungsmache im Sinne der Vorlieben einer Wirtschaftselite.

Quellen: Zuboff, S. (2018). Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus (B. Schmid, Übers.). Frankfurt am Main New York: Campus Verlag.
Alter, A. (2019). Unwiderstehlich: Der Aufstieg suchterzeugender Technologien und das Geschäft mit unserer Abhängigkeit (Ungekürzte Taschenbuchausgabe; S. Pauli, Übers.). München: Piper.

Außerdem sollte es hier wie bei den klassischen Medien zu einer Trennung der Finanzierung von der Konsumwerbung kommen. Dabei würde sich wie bei den übrigen Medien die Finanzierung über eine Kostenbeteiligung der Nutzer unter zusätzlicher Stützung durch öffentliche Förderungen auf europäischer Ebene anbieten. Wieder sollte man nicht vergessen, dass der Durchschnittskonsument derzeit über höhere Produktpreise, welche die Marketingkosten beinhalten, bezahlt. Die Ausdrucksweise, man bezahle mit seinen Daten, ist verkürzt, auch wenn dies auf ein zusätzliches Problem verweist, denn Google und Co. verdienen reales Werbegeld, das letztlich statistisch gesehen über Umwege von den Nutzern stammt.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Neugestaltung von Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen:

- Organisation als gemeinnützige Genossengenossenschaften analog zum Vorschlag bei klassischen Medien mit europäischem Dachverband.
- Sicherung des Schutzes personenbezogener Daten.
- Gewährleistung von Transparenz durch (z. B. von NGOs) kontrollierbare Serverinfrastruktur und Algorithmen auf Open Source Basis.
- Überwachung durch ein im Zuge der EU-Parlamentswahlen zusätzlich gewähltes europäisches Internet- und Medienaufsichtsgremium.
- Finanzierung bei europäischer Suchmaschine über öffentliche Förderung und vom Provider eingehobener Abgabe, bei Social-Media-Plattformen und sonstigen Online-Medien über Abonnements oder standardisierte anonyme Zahlungsmöglichkeit für kleine Beträge mittels Prepaid-Bons.

Wie schon bei den klassischen Medien könnte eine Organisation über gemeinnützige Genossenschaften mit Beschränkung der Stimmrechtsanteile einzelner und einer Mindestmitgliederzahl in der Höhe von 1 Promille der Nutzerzahl sinnvoll sein. Die lokalen Kooperativen der Länder sollten auf europäischer Ebene auf Grundlage eines Vertrages einen Dachverband bilden, was insbesondere im Falle einer Suchmaschine sinnvoll erscheint. Die Suchmaschinen, Plattformen und sonstigen Online-Medien sollten zum Schutz personenbezogener Daten verpflichtet sein, wobei dieser wegen der zusätzlichen Forderung nach einer kontrollierbaren Transparenz bei Serverstruktur und Algorithmen auf Open Source Basis im Gegensatz zum Ist-Zustand auch eher gewährleistet sein dürfte.
Neben der Überwachung durch eine kritische Zivilgesellschaft in Form von NGOs sollte im Zuge der EU-Parlamentswahlen ein spezielles Internet- und Medienaufsichtsgremium bestimmt werden.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Neugestaltung von Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen:

- Organisation als gemeinnützige Genossengenossenschaften analog zum Vorschlag bei klassischen Medien mit europäischem Dachverband.
- Sicherung des Schutzes personenbezogener Daten.
- Gewährleistung von Transparenz durch (z. B. von NGOs) kontrollierbare Serverinfrastruktur und Algorithmen auf Open Source Basis.
- Überwachung durch ein im Zuge der EU-Parlamentswahlen zusätzlich gewähltes europäisches Internet- und Medienaufsichtsgremium.
- Finanzierung bei europäischer Suchmaschine über öffentliche Förderung und vom Provider eingehobener Abgabe, bei Social-Media-Plattformen und sonstigen Online-Medien über Abonnements oder standardisierte anonyme Zahlungsmöglichkeit für kleine Beträge mittels Prepaid-Bons.

Die Finanzierung dieser Netzdienstleistungen soll teilweise über öffentliche Förderungen erfolgen, um etwa einkommensschwachen Schichten nicht den Zugang durch zu hohe Bezahlschranken zu verwehren. In Ergänzung könnte es auch verpflichtende Sozialtarife geben, die von der öffentlichen Hand abgegolten werden.
Ansonsten scheint es sinnvoll, dass der Provider für die Freischaltung einer oder mehrerer Suchmaschinen, die die angeführten Kriterien erfüllen, eine Abgabe zusammen mit seiner Abrechnung einhebt. Bei Social Media oder sonstigen Online-Medien und Diensten sollte die Bezahlung über Abonnements erfolgen, wobei es dem Provider offensteht, Pakete mit derartigen Zusatzoptionen anzubieten.
Für kurzfristigen zeitlich begrenzten Zugriff auf Medien und Dienste, ebenso wie für kleinere Einkäufe im Netz sollte eine standardisierte anonyme Zahlungsmöglichkeit, die auf kleine Beträge limitiert ist, und welche sich aus Prepaid-Bons speist, geschaffen werden.
Medien und Dienste, die den hier angeführten Forderungen nicht nachkommen, sollten in der EU gesperrt werden.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Probleme des Online-Versandhandels:

- Extreme Konzentration im Bereich der Handelsplattformen.
- Ausnutzung der Marktdominanz, um Zulieferer für den Eigenvertrieb oder die Plattform nützende selbständige Händler auszubeuten.
- Zum Teil sehr schlechte Arbeitsbedingungen in den Logistikzentren und für die Zusteller.
- Undurchsichtige Produktbewertungssysteme, die zum Teil erheblich von Werbetrollen manipuliert sind, neben massiver Verführung zu Mehrkonsum, durch zusätzliche Produktvorschläge, die oft mit den gesuchten Produkten kaum etwas zu tun haben, etc.
- Hohe Retourenquote, die teilweise mit der Vernichtung fast neuwertiger Waren einhergeht.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Elektronischer_Handel https://de.wikipedia.org/wiki/Amazon
https://www.moment.at/story/arbeitsbedingungen-bei-amazon-oesterreich-du-arbeitest-wie-eine-maschine
https://de.wikipedia.org/wiki/Retoure https://help.orf.at/stories/3210313/

Extreme Marktkonzentrationen gibt es aber nicht nur im Bereich der Anbieter von Nachrichten, Informationen und Daten, sondern auch im online-basierten Versandgeschäft. Die Dominanz einzelner Plattformbetreiber wird von diesen teilweise zur Ausbeutung der Zulieferer für den Eigenvertrieb, aber auch der die virtuellen Handelsplätze nutzenden selbständigen Händler missbraucht. Zudem wurde vielfach von sehr schlechten Arbeitsbedingungen in den Logistikzentren und im Bereich der Zusteller berichtet. Bei letzteren grassiert überdies das Problem der Scheinselbstständigkeit.
Durch undurchsichtige Produkt-bewertungssysteme, die zum Teil erheblich von Werbetrollen manipuliert sind, und Produktvorschläge, die mit der Suchanfrage kaum etwas zu tun haben, wird massiv zu unüberlegtem Konsumverhalten verführt.
Das befeuert wiederum eine ziemlich hohe Retourenquote, wobei die Umwelt nicht nur durch den zusätzlichen, letztlich sinnlosen Transport belastet wird, sondern seriösen Quellen zufolge auch ein nicht zu vernachlässigender Teil fast neuwertiger Waren vernichtet wird, was eine geradezu himmel-schreiende Ressourcenverschwendung darstellt.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Neugestaltung des Online-Versandhandels:

- Gründung eines europäischen gemeinnützigen Genossenschaftsverbandes zum Betrieb einer nicht diskriminierenden seriösen Online-Handelsplattform mit strengem Verhaltenskodex. Die Mitgliedergröße in den nationalen Einzelgenossenschaften sollte mindestens bei 1% der Zahl aus diesem Land anbietenden Händler liegen plus 1% der nach Bevölkerungszahl aufgeteilten Händler aus Nichtmitgliedsstaaten. Es sollte das Kopfstimmrecht gelten.
- Reihung der Produktvorschläge nach Konsumenten- und Umweltschutzkriterien und nicht diskriminierende Listung der Händler nach Preis und Versandwegslänge.
- Verpflichtung zu sachlicher wahrheitsgemäßer Produktinformation inklusive objektiver Daten zu gesundheitlichen und ökologischen Aspekten wie Schadstoffgehalt, Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Rezyklierbarkeit etc.
- Verbot von ausbeuterischer Scheinselbständigkeit im Zustellerbereich.
- Abschaffung des Rechtes auf unbegründete Retouren, um verantwortungsbewussteres überlegteres Bestellverhalten zu fördern.
- Verbot eines ressourcenverschwenderischen Umgangs mit Retourwaren.

Auch in diesem Wirtschaftssektor wäre der Übergang zu Genossenschaftsstrukturen, die gewissen Gemeinnützigkeitskriterien genügen, etwa in Form eines sehr strengen Verhaltenskodexes erstrebenswert.
Zur Beschränkung des Einflusses einzelner Akteure sollten die nationalen Genossenschaften in einem europäischen Dachverband zu einer Mindestmitgliedergröße in der Höhe von 1% der Zahl der nutzenden Händler des jeweiligen Landes plus 1% der nach Bevölkerungsgröße aufgeteilten Anzahl der Händler aus am Dachverband nicht beteiligten Staaten verpflichtet sein. Außerdem sollte ein striktes Kopfstimmrecht in der Generalversammlung gelten.

Was die Reihung der Produktvorschläge nach einer Suchanfrage betrifft, so sollten Konsumenten- und Umweltschutzkriterien mit einfließen. Zu jedem Produkt sollte eine nicht diskriminierende Auflistung aller anbietenden Händler erfolgen, wobei neben dem Preis aber auch die Versandweglänge eine Rolle spielen sollte.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Neugestaltung des Online-Versandhandels:

- Gründung eines europäischen gemeinnützigen Genossenschaftsverbandes zum Betrieb einer nicht diskriminierenden seriösen Online-Handelsplattform mit strengem Verhaltenskodex. Die Mitgliedergröße in den nationalen Einzelgenossenschaften sollte mindestens bei 1% der Zahl aus diesem Land anbietenden Händler liegen plus 1% der nach Bevölkerungszahl aufgeteilten Händler aus Nichtmitgliedsstaaten. Es sollte das Kopfstimmrecht gelten.
- Reihung der Produktvorschläge nach Konsumenten- und Umweltschutzkriterien und nicht diskriminierende Listung der Händler nach Preis und Versandwegslänge.
- Verpflichtung zu sachlicher wahrheitsgemäßer Produktinformation inklusive objektiver Daten zu gesundheitlichen und ökologischen Aspekten wie Schadstoffgehalt, Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Rezyklierbarkeit etc.
- Verbot von ausbeuterischer Scheinselbständigkeit im Zustellerbereich.
- Abschaffung des Rechtes auf unbegründete Retouren, um verantwortungsbewussteres überlegteres Bestellverhalten zu fördern.
- Verbot eines ressourcenverschwenderischen Umgangs mit Retourwaren.

Die Darstellung der angebotenen Produkte sollte von einer sachlichen wahrheitsgemäßen Beschreibung geprägt sein, und objektive Daten zu gesundheitlichen und ökologischen Aspekten wie Schadstoffgehalt, Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Rezyklierbarkeit etc. beinhalten. Diese Informationen sollte von einem eigenständigen Redaktionsteam erstellt werden.

Neben den ohnehin generell geforderten allgemeinen arbeitsrechtlichen Mindeststandards sollte es spezielle Maßnahmen gegen die im Zustellbereich besonders verbreitete Scheinselbstständigkeit geben.

Zur Senkung der Retourenquote sollte das Recht auf unbegründete Rücksendungen abgeschafft werden. Dies sollte ein verantwortungsbewussteres überlegteres Bestellverhalten fördern.

Bei den verbleibenden Retourwaren sollte eine ressourcenschonende Weiterverwendung, eventuell soweit notwendig und möglich nach einer Reparatur, vorgeschrieben sein.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Sonstige Aspekte zu Automatisierung und Digitalisierung:

- Suchtproblematik in Zusammenhang mit Computerspielen oder der Mobilgerätnutzung.
- Energieverbrauch der gewaltigen Serverinfrastruktur im Hintergrund.
- Die Netzanbindung von mehr und mehr Geräten im Sinne eines Internets der Dinge erhöht in der Regel deren Vulnerabilität im Hinblick auf Hackerangriffe etc. und befördert zudem oft die vorzeitige Obsoleszenz.
- Die Digitalisierung und Automatisierung sollte dazu genutzt werden, den drohenden künftigen Mangel an Arbeitskräften infolge der Alterung der europäischen Bevölkerung besser zu bewältigen, und nicht um den Verbrauch weiter anzuheizen oder gar einen technokratischen Überwachungstotalitarismus aufzubauen.

Beim Vorantreiben der Digitalisierung sollte stets eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen werden. Die massive ständige Nutzung von Computerspielen oder Mobilgeräten wie Smartphones und Tablets ist im Hinblick auf die psychische Gesundheit insbesondere bei jungen Menschen kritisch zu hinterfragen.
Daneben sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass die riesigen Serverfarmen, die Hintergrund laufen, enormen Energiemengen verschlingen. Ob angesichts dieser Aspekte der Netzausbau Richtung 5G tatsächlich eine derartige Priorität hat, wie uns manche in der Politik weismachen, scheint zumindest ein wenig fraglich. Stundenlanges Streamen oder Videokonferenzen in HD-Qualität sind in vielen Fällen eine reine Ressourcen-verschwendung. Bei Streamingdiensten kommt dazu, dass ein und derselbe Inhalt oftmals mehrfach vom gleichen Haushalt oder Nutzer aufgerufen und zu diesem übertragen wird. Da wäre die Möglichkeit der lokalen Speicherung energetisch sinnvoller.
Bei einer Popularisierung vernünftiger Nutzungsgewohnheiten und schlankerem Webdesigns mit gezielt verringertem Suchtpotential ließe sich am Bedarf einiges einsparen.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Sonstige Aspekte zu Automatisierung und Digitalisierung:

- Suchtproblematik in Zusammenhang mit Computerspielen oder der Mobilgerätnutzung.
- Energieverbrauch der gewaltigen Serverinfrastruktur im Hintergrund.
- Die Netzanbindung von mehr und mehr Geräten im Sinne eines Internets der Dinge erhöht in der Regel deren Vulnerabilität im Hinblick auf Hackerangriffe etc. und befördert zudem oft die vorzeitige Obsoleszenz.
- Die Digitalisierung und Automatisierung sollte dazu genutzt werden, den drohenden künftigen Mangel an Arbeitskräften infolge der Alterung der europäischen Bevölkerung besser zu bewältigen, und nicht um den Verbrauch weiter anzuheizen oder gar einen technokratischen Überwachungstotalitarismus aufzubauen.

Die Netzanbindung von mehr und mehr Geräten im Sinne eines Internets der Dinge erhöht in der Regel deren Vulnerabilität im Hinblick auf Hacker-angriffe etc. und befördert zudem oft die vorzeitige Obsoleszenz.
Man mag einmal in sich gehen und sich fragen, ob etwa ein Wohnungsschloss, das über das Smartphone geöffnet werden kann, wirklich sinnvoll ist. Schließlich empfiehlt es sich, einen traditionellen Schlüssel zusätzlich mitzuführen, für den Fall, dass die Technik ausfällt. Bei großen Institutionen und Unternehmen, eventuell mit sensiblen Bereichen, für die eine gezielte Steuerung und Überwachung des Zutritts einen echten Nutzen bringt, mögen elektronische Schließsystem berechtigt sein. Für den Heimanwender, der alle heiligen Zeiten etwa einem Handwerker, den er zwar unbeaufsichtigt in die Wohnung lässt, dem er aber seltsamerweise den Zweit-schlüssel doch nicht anvertrauen will, dürfte das Ganze den Aufwand nicht wert sein. Dennoch wurde eine solche unsinnige Anschaffung in der Ö1 Konsumenteninformationsradiosendung „Help“ vom 10.10.2020 ausgiebig besprochen und einige Produkte als empfehlenswert eingestuft. (vgl. https://help.orf.at/stories/3202232/)

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Sonstige Aspekte zu Automatisierung und Digitalisierung:

- Suchtproblematik in Zusammenhang mit Computerspielen oder der Mobilgerätnutzung.
- Energieverbrauch der gewaltigen Serverinfrastruktur im Hintergrund.
- Die Netzanbindung von mehr und mehr Geräten im Sinne eines Internets der Dinge erhöht in der Regel deren Vulnerabilität im Hinblick auf Hackerangriffe etc. und befördert zudem oft die vorzeitige Obsoleszenz.
- Die Digitalisierung und Automatisierung sollte dazu genutzt werden, den drohenden künftigen Mangel an Arbeitskräften infolge der Alterung der europäischen Bevölkerung besser zu bewältigen, und nicht um den Verbrauch weiter anzuheizen oder gar einen technokratischen Überwachungstotalitarismus aufzubauen.

In der politischen Debatte aber auch in Maßnahmen wie dem Corona-Wiederaufbaufont der europäischen Union wird die Digitalisierung oftmals auf die selbe Prioritätsstufe wie die Bewältigung der Klimakrise gestellt. Dies scheint mir doch ein wenig übertrieben. Trotzdem will ich zugestehen, dass Automatisierung und Digitalisierung ein wichtiger Beitrag zur Lösung der demographischen Herausforderungen infolge der zunehmenden Alterung der Bevölkerung Europas zukommt, wobei die bevorstehende Pensionierung der Baby-Boomer-Generation auch eine gewisse Dringlichkeit nahelegt.
Doch meist wird nicht die Arbeitsersparnis sondern die Erschließung neuer Möglichkeiten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zur Rechtfertigung der öffentlichen Subventionen ins Treffen geführt.
Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Die Sinnhaftigkeit einer Ausweitung auf neue Anwendungsbereiche oder Produktgruppen sollte in einem offenen Diskurs unter Beachtung aller Implikationen (etwa in Bezug auf Sicherheit, Umwelt, etc.) stets kritisch hinterfragt werden.

Eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls

Sonstige Aspekte zu Automatisierung und Digitalisierung:

- Suchtproblematik in Zusammenhang mit Computerspielen oder der Mobilgerätnutzung.
- Energieverbrauch der gewaltigen Serverinfrastruktur im Hintergrund.
- Die Netzanbindung von mehr und mehr Geräten im Sinne eines Internets der Dinge erhöht in der Regel deren Vulnerabilität im Hinblick auf Hackerangriffe etc. und befördert zudem oft die vorzeitige Obsoleszenz.
- Die Digitalisierung und Automatisierung sollte dazu genutzt werden, den drohenden künftigen Mangel an Arbeitskräften infolge der Alterung der europäischen Bevölkerung besser zu bewältigen, und nicht um den Verbrauch weiter anzuheizen oder gar einen technokratischen Überwachungstotalitarismus aufzubauen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialkredit-System
https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberwachungsstaat https://de.wikipedia.org/wiki/INDECT
https://www.gdi.ch/de/publikationen/studien-buecher/entsolidarisiert-die-smartwatch

Am Ende der Überlegungen zum Thema Digitalisierung möchte ich noch auf die Gefahr staatlichen Missbrauchs hinweisen.
Als Paradebeispiel gilt das sogenannte Sozialkredit System Chinas, wo die Bürger mit Hilfe elektronischer Systeme penibel auf ein von Staat und Partei festgelegtes Wohlverhalten hin kontrolliert werden.
Es gibt aber durchaus auch in Europa immer wieder Ambitionen in diese Richtung. So wurden im Rahmen des EU-Forschungsprojektes "INDECT" Möglichkeiten zur automatisierten Überwachung untersucht.
Auch im Gesundheitsbereich wurde nicht nur in Bezug auf die Corona-Pandemie von mancher Seite mit einem umfassenden elektronischen Monitoring geliebäugelt, welches nicht nur Körperparameter sondern auch das Verhalten erfasst.
Angesichts gewisser autoritärer Entwicklungen in Richtung einer "illiberalen Demokratie" könnten einmal etablierte Maßnahmen schneller als gedacht politisch missbraucht werden.
Deshalb gilt es auch im öffentlichen Sektor sorgfältig abzuwägen, wo und wie digitale Technologien eingesetzt werden.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen?

Das gegenwärtige Konzept eines „geistigen Eigentums“:

Ein hoheitlich zuerkanntes exklusives Privileg, das dem Inhaber die Möglichkeit einer völlig willkürlichen Lizenzvergabe oder -verweigerung für die Nutzung von patentierten Erfindungen, Gebrauchsmustern, Halbleiter- und sonstige eingetragene Designs, Pflanzenzüchtungen im Rahmen des Sortenschutzes oder urheberrechtlich geschützten Werken einräumt und damit eine künstliche Monopolsituation schafft.
Daneben gibt es noch geschützte geographische Herkunftsbezeichnungen und Marken.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Geistiges_Eigentum
https://de.wikipedia.org/wiki/Patent https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrecht
https://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%BCnstliches_neuronales_Netz
https://www.derstandard.at/story/2000082408869/apple-und-samsung-legten-patentstreit-nach-sieben-jahren-bei https://www.derstandard.at/story/2000126427751/us-praesident-biden-fueraussetzung-von-impfstoffpatenten

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung wird häufig der Begriff „Innovation“ bemüht. Allerdings liegen die Grundlagen der Halbleiter-technologie, aber auch die prinzipielle Konzeption selbstlernender künstlicher Intelligenzsysteme auf der Basis sogenannter neuronaler Netze schon etliche Jahrzehnte zurück.

Gerade im Elektroniksektor, aber keineswegs nur dort, war manchmal zu beobachten, dass Rechte zum Schutz „geistigen Eigentums“ zu Innovations-bremsen wurden, indem sich zum Beispiel Konzerne wie Apple und Samsung gegenseitig mit Klagen zur Blockade des jeweils anderen eindeckten. Während sich solche Riesen eigene Patentrechtsabteilungen mit Mitteln zum strategischen Erwerb von Exklusivrechten und gute Anwälte leisten können, sind kleine und mittlere Unternehmen der Willkür der Privilegieninhaber schutzlos ausgeliefert und können von gewissen Marktsegmenten bewusst ausgeschlossen werden.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen?

Das gegenwärtige Konzept eines „geistigen Eigentums“:

Ein hoheitlich zuerkanntes exklusives Privileg, das dem Inhaber die Möglichkeit einer völlig willkürlichen Lizenzvergabe oder -verweigerung für die Nutzung von patentierten Erfindungen, Gebrauchsmustern, Halbleiter- und sonstige eingetragene Designs, Pflanzenzüchtungen im Rahmen des Sortenschutzes oder urheberrechtlich geschützten Werken einräumt und damit eine künstliche Monopolsituation schafft.
Daneben gibt es noch geschützte geographische Herkunftsbezeichnungen und Marken.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Geistiges_Eigentum
https://de.wikipedia.org/wiki/Patent https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrecht
https://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%BCnstliches_neuronales_Netz
https://www.derstandard.at/story/2000082408869/apple-und-samsung-legten-patentstreit-nach-sieben-jahren-bei https://www.derstandard.at/story/2000126427751/us-praesident-biden-fueraussetzung-von-impfstoffpatenten

Viele der oft gepriesenen „Start-Ups“ werden von Großunternehmen aufgekauft, damit man ihre Ideen in Schubladen verschwinden lassen oder zumindest den eigenen Marktstrategien unterordnen kann. Hier wird Kreativität und Wissenstransfer gehemmt und Mono- oder Oligopolbildung begünstigt, was eigentlich nicht im öffentlichen Interesse sein kann.
Das hoheitlich geschützte Privileg des exklusiven Nutzungsrechtes wird regelmäßig damit gerechtfertigt, dass dadurch Anreize für eine schöpferische Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit gesetzt würden bzw. den involvierten Personen ein fairer Lebensunterhalt ermöglicht werde, der ihnen die Erbringung solcher Leistungen überhaupt erst erlaubt.
Dem steht aber die ins Treffen geführte Gefahr des Missbrauchs entgegen, sodass dringend über eine Reform nachgedacht werden sollte.
Zuletzt wurde im Kontext der Corona-Pandemie über eine befristete Aussetzung des Patentschutzes von Impfstoffpatenten diskutiert. Doch diese Debatte greift viel zu kurz, weil die grundsätzliche konzeptionelle Fehlkonstruktion des sogenannten „geistigen Eigentums“ dadurch nicht behoben wird.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Reformvorschlag für den Patentbereich:

- Festsetzung der Höhe von Lizenzgebühren in Gestalt einer Berechnungsformel, die Nutzungsausmaß berücksichtigt, durch eine europarechtlich verankerten Behörde zunächst im Zuge der Zuerkennung.
- Automatische Inflationsanpassung; zusätzlich spätere Revisionsverfahren auf Wunsch von Patentinhaber oder (potentiellen) Lizenznehmern.
- Lizenzvergabe und Gebühreneinhebung durch Behörde grundsätzlich unter Diskriminierungverbot gegenüber allen Lizenzwerbern.
- Ausnahmen für gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Erde, denen eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Beschränkungen gestatten werden kann.

Nun soll Erfindern und Urhebern ihre Leistung angemessen, durchaus großzügig, aber nicht ohne die Verhältnismäßigkeit aus den Augen zu verlieren, abgegolten werden, bei gleichzeitiger Unterbindung von Missbrauchsmöglichkeiten. Deshalb soll die Verwaltung von Lizenzvergaben und die Einhebung von Gebühren von einer unabhängigen (europarechtlich verankerten) Behörde durchgeführt werden, wobei die Höhe in einem speziellen Verfahren festgelegt wird. Bei wesentlichen Änderungen der Beurteilungsgrundlage soll sowohl vom Rechteinhaber als auch von einem tatsächlichen oder potentiellen Lizenznehmer ein Änderungsantrag eingebracht werden können. Im Falle der Ablehnung soll der Antragssteller die Bearbeitungskosten zu tragen haben, im Falle der Stattgabe soll im Verfahren darüber entschieden werden, wobei bei Erhöhungen der Gebühr wie bei der Erstanmeldung in der Regel der Rechteinhaber zu zahlen hat. Inflationsanpassungen sollten jedoch automatisch erfolgen.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Reformvorschlag für den Patentbereich:

- Festsetzung der Höhe von Lizenzgebühren in Gestalt einer Berechnungsformel, die Nutzungsausmaß berücksichtigt, durch eine europarechtlich verankerten Behörde zunächst im Zuge der Zuerkennung.
- Automatische Inflationsanpassung; zusätzlich spätere Revisionsverfahren auf Wunsch von Patentinhaber oder (potentiellen) Lizenznehmern.
- Lizenzvergabe und Gebühreneinhebung durch Behörde grundsätzlich unter Diskriminierungverbot gegenüber allen Lizenzwerbern.
- Ausnahmen für gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Erde, denen eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Beschränkungen gestatten werden kann.

Die behördlich festgesetzte Lizenzgebühr soll so formuliert sein, dass sie sich automatisch immer auch am Ausmaß der Nutzung eines Verfahrens oder Werkes bzw. an Produktionszahlen orientiert, sodass kleine Firmen durch keine unverhältnismäßigen Hürden benachteiligt werden. Grundsätzlich soll dabei ein Diskriminierungsverbot gelten und für alle die gleichen jeweils gerade gültigen Berechnungsmodalitäten gelten. Es soll jedoch möglich sein, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Welt, eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Einschränkungen zu erlauben. Solche Ausnahmen sollen auch behördlich verordnet werden können. Generell sollte die Patentierbarkeit auf ein faires Maß zurückgestutzt werden, indem z. B. sogenannte Trivialpatente geringer Schöpfungshöhe abgewiesen werden bzw. im Zweifelsfall nur eine entsprechend geringe und eventuell zudem kürzer befristete Abfindung zugesprochen bekommen.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Reformvorschlag für den Patentbereich:

- Festsetzung der Höhe von Lizenzgebühren in Gestalt einer Berechnungsformel, die Nutzungsausmaß berücksichtigt, durch eine europarechtlich verankerten Behörde zunächst im Zuge der Zuerkennung.
- Automatische Inflationsanpassung; zusätzlich spätere Revisionsverfahren auf Wunsch von Patentinhaber oder (potentiellen) Lizenznehmern.
- Lizenzvergabe und Gebühreneinhebung durch Behörde grundsätzlich unter Diskriminierungverbot gegenüber allen Lizenzwerbern.
- Ausnahmen für gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Erde, denen eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Beschränkungen gestatten werden kann.

Man könnte nun einwenden, dass behördlich in einem Verfahren festgelegte Gebühren dem Prinzip einer Marktwirtschaft, wo sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, widersprechen. Dagegen ist jedoch anzumerken, dass der Rechteinhaber ja ein ihm vom Staat oder im Falle der EU von der Staatengemeinschaft gewährtes Privileg in Anspruch nimmt, das im bisherigen System künstliche Monopole verursacht, welche die Marktmechanismen ohnehin weitgehend außer Kraft setzen. Außerdem wurden bei Verletzungen auch bisher teilweise in Gerichtsverfahren Entschädigungshöhen festgelegt.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Reformvorschlag für den Bereich des Urheberrechtes:

- Pauschalsätze in verschiedenen Kategorien und anhand verschiedener Kriterien, wie etwa die Länge eines Textes oder Filmes usw.
- Verfahren nur, wenn Rechteinhaber Abweichungen wünscht.
- Ein nichtdiskriminierender genereller Rabatt, ein vollständiger oder teilweiser Verzicht, der alle in gleicher Weise betrifft, z. B. in Form einer Creative Commons Lizenz jedoch kostenlos und völlig unbürokratisch möglich.
- Vergütungszeitraum 40 oder 50 Jahre nach Veröffentlichung. (unabhängig vom Todeszeitpunkt des Schöpfers)

Für die Veröffentlichung von Werken, die nicht dem Patent- sondern dem Urheberrecht unterliegen soll es Pauschalsätze in verschiedenen Kategorien und anhand verschiedener Kriterien geben, wie etwa die Länge eines Textes oder Filmes usw. Ein Verfahren soll es nur geben, wenn der Rechteinhaber eine Abweichung davon wünscht. Ein nichtdiskriminierender genereller Rabatt, ein vollständiger oder teilweiser Verzicht, der alle in gleicher Weise betrifft, z. B. in Form einer Creative Commons Lizenz soll jedoch kostenlos und völlig unbürokratisch möglich sein.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Reformvorschlag für den Bereich des Urheberrechtes:

- Pauschalsätze in verschiedenen Kategorien und anhand verschiedener Kriterien, wie etwa die Länge eines Textes oder Filmes usw.
- Verfahren nur, wenn Rechteinhaber Abweichungen wünscht.
- Ein nichtdiskriminierender genereller Rabatt, ein vollständiger oder teilweiser Verzicht, der alle in gleicher Weise betrifft, z. B. in Form einer Creative Commons Lizenz jedoch kostenlos und völlig unbürokratisch möglich.
- Vergütungszeitraum 40 oder 50 Jahre nach Veröffentlichung. (unabhängig vom Todeszeitpunkt des Schöpfers)

Es ist nicht einzusehen, dass die Nachkommen eines bedeutenden Schriftstellers, Musikers etc. ohne eigene Leistung unlimitiert bis 70 Jahre nach dessen Tod abkassieren, während die Nachkommen eines hart arbeitenden Bauarbeiters, einer guten Ärztin etc. sich mit einem Erbe, das eventuellen Ersparnissen aus deren Einkommen entspringt, begnügen müssen. Als Diskussionsgrundlage für eine Urheberrechtsnovelle könnte etwa ein Zeitraum von 40 bis 50 Jahre nach Veröffentlichung dienen, unabhängig vom Todeszeitpunkt, weil in der Regel kaum zu rechtfertigen ist, warum dieser den Vergütungszeitraum beeinflussen soll. Dieser Vorschlag bewegt sich immer noch weit über den Patentlaufzeiten.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Ergänzendes zum Reformvorschlag:

- Abschaffung des Sortenschutzes.
- Kein Patent auf Lebewesen.
- Kostenfreie Verfügbarkeit von technische Richtlinien und Normen im Internet (wie bei Gesetzestexten in Österreich).
- Transparente und demokratisch einwandfreie Beschickung von Gremien, die technische Richtlinien und Normen festlegen.
- Möglichkeit der Beeinspruchung im Falle sachlich unbegründeter verzerrende Begünstigung gewisser Wirtschaftsakteure.

Sortenschutz oder Patente auf Lebewesen sind abzuschaffen. Die Generierung neuer Organismen und deren Einbringen in die Umwelt, auch mittels neuer gentechnologischer Methoden soll dem rein kommerziellen Bereich entzogen werden, nicht zuletzt weil diese oft auch mit enormen Risiken für bestehende Ökosysteme verbunden sind. Die im Zuge des Klimawandels sicherlich notwendige Weiterent-wicklung soll von staatlichen und supranationalen wissenschaftlichen Non-Profit-Organisationen durch-geführt werden. Nach ausgiebigen Sicherheitsprüfungen sollen angepasste Züchtungen der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen.

Eine angemessene Abgeltung geistiger Leistungen!

Ergänzendes zum Reformvorschlag:

- Abschaffung des Sortenschutzes.
- Kein Patent auf Lebewesen.
- Kostenfreie Verfügbarkeit von technische Richtlinien und Normen im Internet (wie bei Gesetzestexten in Österreich).
- Transparente und demokratisch einwandfreie Beschickung von Gremien, die technische Richtlinien und Normen festlegen.
- Möglichkeit der Beeinspruchung im Falle sachlich unbegründeter verzerrende Begünstigung gewisser Wirtschaftsakteure.

Technische Richtlinien und Normen sollten, wie das vielfach schon jetzt bei Gesetzestexten der Fall ist, im Netz allen kostenfrei zugänglich sein. Die Kostenpflichtigkeit stellt nämlich ebenfalls eine Hürde und Benachteiligung von KMUs gegenüber großen Unternehmen dar. Außerdem muss deren Erstellung demokratischer und transparenter werden. Derzeit dominieren finanzkräftige Lobbyisten die „Vereine“ und sonstigen merkwürdigen Gremien, die mit der Ausarbeitung solcher Vorschriften oder Empfehlungen beauftragt sind. Begünstigen derartige Vorgaben gewisse Wirtschaftsakteure in sachlich unbegründeter Weise, so soll es die Möglichkeit der Beeinspruchung geben.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Extreme Ungleichheit begünstigt unverhältnismäßige Einflussnahmemöglichkeiten:

- Privilegierter Zugang zu politischen Entscheidungsträger und Gremien.
- Möglichkeiten zu unverhältnismäßigem Lobbyismus.
- Erpressungspotential im Zusammenhang mit Investitionen und der Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen.
- Gefahr von Korruption in verschiedensten Ausformungen inklusive Versprechen in Bezug auf den sogenannten Drehtür-Effekt.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption
https://de.wikipedia.org/wiki/Dreht%C3%BCr-Effekt
Sayer, A. (2017). Warum wir uns die Reichen nicht leisten können (S. Lorenzer, Übers.).
München: Verlag C.H. Beck.

Dass technische Richtlinien und Normen durch Lobbyisten im Sinne der Präferenzen finanzstarker Gruppen beeinflusst werden, ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie Vertreter des Großkapitals in die Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen zur dessen Gunsten eingreifen.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Extreme Ungleichheit begünstigt unverhältnismäßige Einflussnahmemöglichkeiten:

- Privilegierter Zugang zu politischen Entscheidungsträger und Gremien.
- Möglichkeiten zu unverhältnismäßigem Lobbyismus.
- Erpressungspotential im Zusammenhang mit Investitionen und der Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen.
- Gefahr von Korruption in verschiedensten Ausformungen inklusive Versprechen in Bezug auf den sogenannten Drehtür-Effekt.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption
https://de.wikipedia.org/wiki/Dreht%C3%BCr-Effekt
Sayer, A. (2017). Warum wir uns die Reichen nicht leisten können (S. Lorenzer, Übers.).
München: Verlag C.H. Beck.

Vermögen erlauben eben nicht nur eine gewisse Ausweitung von Freiheiten in der persönlichen Lebensgestaltung, sondern sind in durchaus erheblichem Ausmaß mit vermehrten politischen Einflussnahmemöglichkeiten verbunden. Wirtschaftliche Eliten haben oft einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern und Gremien. Sie können sich psychologisch geschulte Juristen und andere Experten leisten, um manchmal mit einer Materie ein wenig überforderte Volksvertreter auf nationaler und europäischer Ebene in ihrem Sinne zu manipulieren. Sollte das einmal nicht greifen, dann kann zu Erpressung mittels angedrohter Investitionsverweigerung gegriffen werden, wobei die Schaffung oder noch mehr die Streichung von Arbeitsplätzen die schärfste Waffe ist.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Extreme Ungleichheit begünstigt unverhältnismäßige Einflussnahmemöglichkeiten:

- Privilegierter Zugang zu politischen Entscheidungsträger und Gremien.
- Möglichkeiten zu unverhältnismäßigem Lobbyismus.
- Erpressungspotential im Zusammenhang mit Investitionen und der Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen.
- Gefahr von Korruption in verschiedensten Ausformungen inklusive Versprechen in Bezug auf den sogenannten Drehtür-Effekt.

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Lobbyismus https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption
https://de.wikipedia.org/wiki/Dreht%C3%BCr-Effekt
Sayer, A. (2017). Warum wir uns die Reichen nicht leisten können (S. Lorenzer, Übers.).
München: Verlag C.H. Beck.

Neben den mehr oder weniger legalen Strategien besteht natürlich auch die Versuchung zu Bestechung und anderen Formen der Korruption. Eine pikante Variante hängt mit dem Wechsel zwischen gehobenen Positionen in der Wirtschaft und politischen Ämtern zusammen. Vielleicht muss gar nicht explizit ausgesprochen werden, dass bei hinreichender Berücksichtigung gewisser Interessen im Falle von verlorenen Wahlen ein Versorgungsjob wartet. Es gibt ja genügend allgemein bekannte Beispiele. Am beliebtesten sind in diesem Kontext Berater- oder Aufsichtsratsposten.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Maßnahmen zur Eindämmung einer übermäßigen Vermögensakkumulation:

- Ein lebenslang geführtes Konto über Schenkungen, Erbschaften und andere größere Zuwendungen zur Berechnung einer ab einem großzügigen Freibetrag fälligen progressiven Steuer mit Vergünstigungen für die Weitergabe von KMUs (Stichwort „Familienbetriebe“).
- Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen gemeinsam mit bzw. genauso wie Lohneinkommen progressiv besteuern.
- Mindesthaltefristen für Unternehmensanteile mit anschließender zeitlich abfallender Verkaufspönale.
- Verstärkte Einbindung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen.
- Vermögensregister, progressive Vermögenssteuer mit sehr hohem Freibetrag aber auch absoluten Obergrenzen, ab denen zu 100% abgeschöpft wird.
- Eine progressive Unternehmensbesteuerung, um Marktdominanzen, die in Oligo- und Quasi-Monopole münden, entgegenzuwirken.
- Ein erneuertes strenges europäisches Kartellrecht, das Zerschlagungen durchsetzt.

Quelle: Atkinson, A. B. (2016). Ungleichheit: Was wir dagegen tun können (Zweite Auflage; H. Kober, Übers.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Das Leben – oder soll man sagen das Schicksal – ist letztlich ungerecht und staatliche Maßnahmen können diese Tatsache nicht gänzlich aus der Welt schaffen. Versuche zur Errichtung klassenloser Gesellschaften sind bislang stets in unfreien totalitären Systemen gemündet, wo sich rasch eine neue Elite etabliert hat. Da jedoch der überwiegende Teil außerordentlich hoher Vermögen auf großzügigen Erbschaften und Schenkungen basiert, sollten alle derartigen Begünstigungen im Laufe des Lebens für jede Person in einem Konto erfasst und ab einem ziemlich hohen Freibetrag progressiv so besteuert werden, dass die berechnete Abgabe schließlich im Extremfall ab einer gewissen Höhe bei praktisch 100% liegt, wobei auch ausländische Vermögen mitzuberücksichtigen sind. Falls der nach der Einbeziehung des Neuzugangs zu erwartende Kontostand weit unter der Freibetragsgrenze liegt, soll eine kostengünstige grobe Schätzung genügen.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Maßnahmen zur Eindämmung einer übermäßigen Vermögensakkumulation:

- Ein lebenslang geführtes Konto über Schenkungen, Erbschaften und andere größere Zuwendungen zur Berechnung einer ab einem großzügigen Freibetrag fälligen progressiven Steuer mit Vergünstigungen für die Weitergabe von KMUs (Stichwort „Familienbetriebe“).
- Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen gemeinsam mit bzw. genauso wie Lohneinkommen progressiv besteuern.
- Mindesthaltefristen für Unternehmensanteile mit anschließender zeitlich abfallender Verkaufspönale.
- Verstärkte Einbindung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen.
- Vermögensregister, progressive Vermögenssteuer mit sehr hohem Freibetrag aber auch absoluten Obergrenzen, ab denen zu 100% abgeschöpft wird.
- Eine progressive Unternehmensbesteuerung, um Marktdominanzen, die in Oligo- und Quasi-Monopole münden, entgegenzuwirken.
- Ein erneuertes strenges europäisches Kartellrecht, das Zerschlagungen durchsetzt.

Quelle: Atkinson, A. B. (2016). Ungleichheit: Was wir dagegen tun können (Zweite Auflage; H. Kober, Übers.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Bei der Weitergabe von kleinen oder mittleren Unternehmen (Stichwort Familienbetriebe) soll es zusätzliche Vergünstigungen geben, damit es im Zuge eines Generationenwechsels nicht zur Gefährdung der Eigenständigkeit von KMUs und damit zu unerwünschten Konzentrationseffekten am Markt kommt, allerdings unter der Auflage, dass die gewährten Rabatte bei Veräußerungen zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung der Inflation zur Nachzahlung fällig werden. Bei der Vererbung oder Schenkung von Wohnbauten, die über den Eigenbedarf hinausgehen, soll eine anstehende Sanierung, auch um diese energieeffizienter oder altersgerechter zu machen, Berücksichtigung finden, sofern die Mieter von der Kostenersparnis entsprechend profitieren. Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen sind jedoch genauso wie Lohneinkommen und gemeinsam mit diesen progressiv zu besteuern.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Maßnahmen zur Eindämmung einer übermäßigen Vermögensakkumulation:

- Ein lebenslang geführtes Konto über Schenkungen, Erbschaften und andere größere Zuwendungen zur Berechnung einer ab einem großzügigen Freibetrag fälligen progressiven Steuer mit Vergünstigungen für die Weitergabe von KMUs (Stichwort „Familienbetriebe“).
- Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen gemeinsam mit bzw. genauso wie Lohneinkommen progressiv besteuern.
- Mindesthaltefristen für Unternehmensanteile mit anschließender zeitlich abfallender Verkaufspönale.
- Verstärkte Einbindung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen.
- Vermögensregister, progressive Vermögenssteuer mit sehr hohem Freibetrag aber auch absoluten Obergrenzen, ab denen zu 100% abgeschöpft wird.
- Eine progressive Unternehmensbesteuerung, um Marktdominanzen, die in Oligo- und Quasi-Monopole münden, entgegenzuwirken.
- Ein erneuertes strenges europäisches Kartellrecht, das Zerschlagungen durchsetzt.

Quelle: Atkinson, A. B. (2016). Ungleichheit: Was wir dagegen tun können (Zweite Auflage; H. Kober, Übers.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Die derzeit an den Finanzmärkten zu beobachtenden Käufe und Verkäufe von Aktien etc. im Sekundentakt oder noch schneller haben keinerlei gesell-schaftlichen Nutzen sondern eher destabilisierende Effekte. Daher sind solche extrem kurzfristigen Spekulationen durch Mindesthalte-fristen etwa im Ausmaß eines Monats zu unterbinden. Privatrechtliche Verträge zur Umgehung sollen nicht rechtswirksam werden und daher auch nicht einklagbar sein.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Maßnahmen zur Eindämmung einer übermäßigen Vermögensakkumulation:

- Ein lebenslang geführtes Konto über Schenkungen, Erbschaften und andere größere Zuwendungen zur Berechnung einer ab einem großzügigen Freibetrag fälligen progressiven Steuer mit Vergünstigungen für die Weitergabe von KMUs (Stichwort „Familienbetriebe“).
- Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen gemeinsam mit bzw. genauso wie Lohneinkommen progressiv besteuern.
- Mindesthaltefristen für Unternehmensanteile mit anschließender zeitlich abfallender Verkaufspönale.
- Verstärkte Einbindung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen.
- Vermögensregister, progressive Vermögenssteuer mit sehr hohem Freibetrag aber auch absoluten Obergrenzen, ab denen zu 100% abgeschöpft wird.
- Eine progressive Unternehmensbesteuerung, um Marktdominanzen, die in Oligo- und Quasi-Monopole münden, entgegenzuwirken.
- Ein erneuertes strenges europäisches Kartellrecht, das Zerschlagungen durchsetzt.

Quelle: Atkinson, A. B. (2016). Ungleichheit: Was wir dagegen tun können (Zweite Auflage; H. Kober, Übers.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Nach dieser Frist soll eine langsam sinkende Verkaufspönale anfallen. Als Zeitrahmen könnte man z. B. drei Jahre in Betracht ziehen. Sollte sich jemand offiziell zum freiwilligen längeren Halten von Unternehmensanteilen verpflichten, so sollte dies mit einer höheren Gewichtung bei der Berechnung der Stimmrechte bei Eigentümerversammlungen etc. honoriert werden, denn wer sich länger an ein Unternehmen bindet, soll bei strategischen Entscheidungen mehr Gewicht haben. Damit soll das ständige bloße Schielen auf die nächsten Quartalszahlen oder die kurzfristige Kursentwicklung vermindert und eine verantwortungsvollere Haltung gegenüber der Zukunft des Unternehmens gefördert werden. Überdies soll die Einbindung der Belegschaft in Unternehmens-entscheidungen generell massiv verstärkt werden.

Demokratiepolitische Aspekte der gegenwärtigen Vermögensverhältnisse und Möglichkeiten zur Korrektur

Maßnahmen zur Eindämmung einer übermäßigen Vermögensakkumulation:

- Ein lebenslang geführtes Konto über Schenkungen, Erbschaften und andere größere Zuwendungen zur Berechnung einer ab einem großzügigen Freibetrag fälligen progressiven Steuer mit Vergünstigungen für die Weitergabe von KMUs (Stichwort „Familienbetriebe“).
- Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen gemeinsam mit bzw. genauso wie Lohneinkommen progressiv besteuern.
- Mindesthaltefristen für Unternehmensanteile mit anschließender zeitlich abfallender Verkaufspönale.
- Verstärkte Einbindung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen.
- Vermögensregister, progressive Vermögenssteuer mit sehr hohem Freibetrag aber auch absoluten Obergrenzen, ab denen zu 100% abgeschöpft wird.
- Eine progressive Unternehmensbesteuerung, um Marktdominanzen, die in Oligo- und Quasi-Monopole münden, entgegenzuwirken.
- Ein erneuertes strenges europäisches Kartellrecht, das Zerschlagungen durchsetzt.

Quelle: Atkinson, A. B. (2016). Ungleichheit: Was wir dagegen tun können (Zweite Auflage; H. Kober, Übers.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Bei den Finanzämtern sollte ein Vermögensregister eingeführt werden, das über eine eindeutige Identifikation der Person in eine zumindest europaweite Datenbank eingebunden ist. Dabei sollten alle wesentlichen Vermögenswerte, wie Land- und Forstbesitz, Immobilien, Firmenbeteiligungen, andere Wertpapiere wie Anleihen etc. und Bankguthaben zentral erfasst sein, aber auch Gegenstände, die eine gewisse, allerdings ziemlich hohe Bewertungsgrenze überschreiten, wie Kunstgegenstände etc.
Dieses Register sollte die Basis für eine progressive Vermögenssteuer bilden, die jedoch erst ab einem extrem hohen Freibetrag ansetzt, sodass selbst Besitzer vieler mittelständischer Unternehmen davon nicht betroffen sind. Was deren Beitrag zum Gemeinwesen betrifft, so haben diese ohnehin bezüglich der Unternehmenserträge als auch der individuellen Einkommen ihre steuerlichen Beiträge zu leisten.
Die Vermögensbesteuerung soll dagegen ebenso wie ein viel strengeres und effektiveres Kartellrecht, das auch Zerschlagungen durchsetzt, vor allem einer zu großen Akkumulation und Konzentration wirtschaftlicher Macht entgegenwirken.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Das derzeitige Paradigma:

- Nur ein beständiges zumindest leichtes reales Wirtschaftswachstum kann das europäische Sozialstaatsmodell und die öffentliche Infrastruktur finanzieren, ohne langsam in die Überschuldung abzugleiten.
- Ohne Wachstum steigt in einer Marktwirtschaft durch manche Innovationen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die selbst mit Maßnahmen wie Weiterbildung und sonstigen Hilfen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit nicht zu eliminieren ist.
- Ohne Innovation geht aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren, was in langfristig desaströsen Handelsbilanzdefiziten mündet.
- Unternehmen müssen nach Wachstum zu streben, um Mittel für Investitionen zu haben, damit sie in einem Umfeld von Konkurrenz u. Wettbewerb bestehen können.
- Ohne gesamtgesellschaftliches Wachstum kommt es zu massiven Pleite- und Übernahmewellen, die funktionierende resiliente Märkte bedrohen.

Fazit: Ohne Wachstum kommt es zu massiver Wohlstandsgefährdung

Quelle: Binswanger, M. (2019). Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA.

In politischen Diskussionen ist oft von der Notwendigkeit einer guten Konjunktur für den Staatshaushalt die Rede. Im Rahmen des derzeitigen volkswirtschaftlichen Paradigmas ist die Finanzierung von staatlichen Sozialleistungen und der öffentlichen Infrastruktur, ohne langfristig in eine Überschuldung abzugleiten, nur mit einem gewissen realen Wirtschaftswachstum vorstellbar.
Deshalb sind praktisch alle heute relevanten politschen Akteure wie Parteien, Sozialpartner etc. einem Wachstumsfetischismus verfallen, obwohl meine bisherigen Ausführungen gezeigt haben, dass wir uns dies eigentlich weder hinsichtlich der natürlichen Ressourcen, noch im Hinblick auf eine gerechtere Weltwirtschaft, aber auch angesichts der anstehenden Pensionierung der Baby-Boomer in Bezug auf das verbleibende Arbeitskräftepotential nicht mehr leisten können.
Wenn also die Binnennachfrage, sprich der Konsum, nur deshalb „angekurbelt“ werden muss, damit der Sozialstaat finanzierbar bleibt und die Arbeitslosigkeit nicht explodiert, dann stimmt etwas nicht, und zwar an der Art und Weise, wie die Verhältnisse gestaltet sind.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Das derzeitige Paradigma:

- Nur ein beständiges zumindest leichtes reales Wirtschaftswachstum kann das europäische Sozialstaatsmodell und die öffentliche Infrastruktur finanzieren, ohne langsam in die Überschuldung abzugleiten.
- Ohne Wachstum steigt in einer Marktwirtschaft durch manche Innovationen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die selbst mit Maßnahmen wie Weiterbildung und sonstigen Hilfen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit nicht zu eliminieren ist.
- Ohne Innovation geht aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren, was in langfristig desaströsen Handelsbilanzdefiziten mündet.
- Unternehmen müssen nach Wachstum zu streben, um Mittel für Investitionen zu haben, damit sie in einem Umfeld von Konkurrenz u. Wettbewerb bestehen können.
- Ohne gesamtgesellschaftliches Wachstum kommt es zu massiven Pleite- und Übernahmewellen, die funktionierende resiliente Märkte bedrohen.

Fazit: Ohne Wachstum kommt es zu massiver Wohlstandsgefährdung

Quelle: Binswanger, M. (2019). Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA.

Durch Konkurrenz und Wettbewerb nicht nur im lokalen Umfeld sondern am Weltmarkt sind Unternehmen gezwungen, in Innovationen zu investieren, mit deren Hilfe sie wachsen oder Kosten insbesondere auch im Personalbereich reduzieren können.
Dies führt entweder dazu, dass sie Mitbewerber teilweise oder ganz vom Markt verdrängen und bei diesen Jobs vernichten oder selbst Arbeitskräfte freisetzen.
Um die mit den Produktivitäts-steigerungen verbundene Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit zu verhindern, muss daher der Export bzw. zum Teil auch die Inlandsnachfrage ebenfalls gesteigert werden.
Ohne dem Wachsen des Gesamtkuchens wird der Verdrängungswettbewerb verschärft, wodurch es noch leichter zu schädlichen Konzentrationseffekten kommen kann, welche langfristig funktionierende resiliente Märkte und damit auch die Versorgungssicherheit bedrohen.
Daraus resultiert als scheinbar unausweichliche Fazit: Ohne generelles Wachstum kommt es zu einer massiven Gefährdung des Wohlstandes.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Das <u>derzeitige</u> Paradigma:

- Nur ein beständiges zumindest leichtes reales Wirtschaftswachstum kann das europäische Sozialstaatsmodell und die öffentliche Infrastruktur finanzieren, ohne langsam in die Überschuldung abzugleiten.
- Ohne Wachstum steigt in einer Marktwirtschaft durch manche Innovationen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die selbst mit Maßnahmen wie Weiterbildung und sonstigen Hilfen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit nicht zu eliminieren ist.
- Ohne Innovation geht aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren, was in langfristig desaströsen Handelsbilanzdefiziten mündet.
- Unternehmen müssen nach Wachstum zu streben, um Mittel für Investitionen zu haben, damit sie in einem Umfeld von Konkurrenz u. Wettbewerb bestehen können.
- Ohne gesamtgesellschaftliches Wachstum kommt es zu massiven Pleite- und Übernahmewellen, die funktionierende resiliente Märkte bedrohen.

Fazit: Ohne Wachstum kommt es zu massiver Wohlstandsgefährdung

Quelle: Binswanger, M. (2019). Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA.

In der Vergangenheit konnte allerdings ein Teil der Produktivitätszugewinne durch Arbeitszeitverkürzungen in Zeitwohlstand umgemünzt werden.
Die bedingungslose globale Handels-liberalisierung ohne Sozial- und Umweltmindeststandards hat diese Option durch einen unlauteren Dumping-Standortwettbewerb untergraben.
Die letzten drei Jahrzehnte haben gezeigt, dass Märkte, die den Forderungen neoliberaler Ökonomen entsprechend dereguliert wurden, eine wachsende Ungleichheit begünstigen und die Ausbeutung von Mensch und Umwelt fördern bzw. diese zumindest perpetuieren. Das Versprechen von „Trickle Down Effekten“ wurde dabei selbst in Wachstumsphasen immer weniger eingelöst.
(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Trickle-down-Theorie)
Die Missstände sind also nicht immer nur der Skrupellosigkeit einzelner geschuldet, sondern vielfach auch einer inhärenten Eigendynamik des Systems, die die beteiligten Akteure gewissen Zwängen, unter anderem einem allgemeinen Wachstumsdruck, unterwirft, wenn sie nicht untergehen wollen.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Das derzeitige Paradigma:

- Nur ein beständiges zumindest leichtes reales Wirtschaftswachstum kann das europäische Sozialstaatsmodell und die öffentliche Infrastruktur finanzieren, ohne langsam in die Überschuldung abzugleiten.
- Ohne Wachstum steigt in einer Marktwirtschaft durch manche Innovationen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die selbst mit Maßnahmen wie Weiterbildung und sonstigen Hilfen zur Verbesserung der Vermittelbarkeit nicht zu eliminieren ist.
- Ohne Innovation geht aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren, was in langfristig desaströsen Handelsbilanzdefiziten mündet.
- Unternehmen müssen nach Wachstum zu streben, um Mittel für Investitionen zu haben, damit sie in einem Umfeld von Konkurrenz u. Wettbewerb bestehen können.
- Ohne gesamtgesellschaftliches Wachstum kommt es zu massiven Pleite- und Übernahmewellen, die funktionierende resiliente Märkte bedrohen.

Fazit: Ohne Wachstum kommt es zu massiver Wohlstandsgefährdung

Quelle: Binswanger, M. (2019). Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA.

Allerdings sind auch die regulierungsfreudigeren Keynesianer der Wachstumssucht verfallen, da öffentliche Zusatzausgaben zur Abmilderung von Rezessionen bislang praktisch nie durch adäquate Mehreinnahmen in Aufschwungphasen kompensiert wurden. Nur eine reale Steigerung der gesamten Wirtschaftsleistung konnte verhindern, in eine Staatsschuldenkrise zu schlittern, in der fällige Rückzahlungen nicht mehr bedient werden können. (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Deficit_spending bzw. https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsschuldenquote)

Es braucht daher einen klugen Rahmen und klare Spielregeln, die von einer demokratisch legitimierten Politik im Sinne des Gemeinwohls festgelegt werden, damit wir das Muster vom „Wachsen bis zum Kollaps“ durchbrechen.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindest-standards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbank-kredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Voraussetzung für das weitere Funktionieren des europäischen Wohlfahrtstaatsmodells ist die Beendigung des zum Dumping missbrauchten Standortwettbewerbs.

Die Wirtschaft dient in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und nicht der „Schaffung von Arbeit“. Eine humane Gestaltung der Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung der Lasten aber auch der Partizipationsmöglichkeiten in einer Gesellschaft sind natürlich trotzdem vernünftige Ziele einer „Beschäftigungspolitik“. Nachdem in manchen elitären Kreisen dabei eine Konnotation im Sinne von „Beschäftigungstherapie“ mitschwingen dürfte, die die Bevölkerungsmasse davon abhalten soll, zu viel über die Machtverhältnisse nachzudenken, scheint die Verwendung des Wortes „Arbeitsaufteilungspolitik“ wohl besser angebracht. In diesem Sinne sollte nicht mehr versucht werden, die Nachfrage bloß zur Belebung des Arbeitsmarktes anzukurbeln, sondern die Arbeitszeiten an den Bedarf der Aufrechterhaltung einer guten Versorgung angepasst werden.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbankkredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Damit die Konkurrenz und der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, die ja an sich im Interesse der Kunden sind, bei fehlendem Wachsen des Gesamtnachfragevolumens nicht zu verstärkten Verdrängungen und damit verbundenen unerwünschten Marktkonzentrationen führen, sollte durch ein erweitertes Kartellrecht und mit einer progressiven Unternehmensbesteuerung entgegen gewirkt werden. Die bereits vorgebrachten Vorschläge zur Reform der Abgeltung geistiger Leistungen sollen wertvolle Innovationen, auch Mitbewerbern zu einem fairen Tarif zugänglich machen. Durch derlei flankierende Maßnahmen soll eine gewisse Fluktuation am Anbietermarkt, die schlechte Firmen eliminiert, ermöglicht werden, ohne dass es zu derartigen Konzentrationen kommt, wie sie schon seit einiger Zeit trotz konjunkturbereinigt positiven realen Wachstumsraten zu beobachten sind. Natürlich muss das Ganze schon so austariert sein, dass die Motivation zu sinnvollem wirtschaftlichen Engagement erhalten bleibt.
Eventuell könnte hier ein über den Konjunkturzyklus gemittelt rein nominelles Wachstum unter oder maximal gleich einer moderaten Inflationsrate, also ohne reale Expansion, stabilisierend wirken.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindest-standards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbank-kredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Trotz der stetig gestiegenen Produktivität während der letzten Jahrzehnte wird von jenen, die regelmäßig nach Steuerentlastungen rufen, obwohl ihr Vermögen im Mittel genauso stetig wächst, die Finanzierbarkeit der Pensionen angezweifelt. In der Vergangenheit wurden auch die angeblichen unwirtschaftlichen Überkapazitäten im Gesundheitsbereich beklagt und die Reduktion von Staatsausgaben im Sozialbereich gefordert, damit der Haushalt nicht aus den Fugen gerate. Nun könnten die durch die gesteigerte Produktivität etwa im Zuge der Digitalisierung freigewordenen Arbeitskapazitäten statt zur Produktion für einen sinnlosen rein Marketing-induzierten Zusatzkonsum, nach Umschulung zum Beispiel zum Ausbau öffentlicher Infrastruktur oder zur Abdeckung des steigenden Pflege-bedarfes eingesetzt werden. Und die aus der gesteigerten Produktivität generierten höheren Erlöse zu deren Finanzierung herangezogen werden, wobei natürlich das unternehmerische Investitionsniveau soweit erhalten bleiben muss, dass es nicht zu einer die Versorgung gefährdenden Abwärts-spirale kommt.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbankkredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Die Finanzierung der Bewältigung akuter Krisen, wie der Corona-Pandemie, sollte zunächst durch kurzfristige direkte Kredite der Zentralbanken an Staaten sichergestellt werden, ohne dass die Finanzmärkte daran mitnaschen.
Bei der Bankenkrise ab 2007 führten die Niedrigzinspolitik und das sogenannte „Quantitative Easing“ dazu, dass ein Kollaps vermieden und die Staatsverschuldung halbwegs in den Griff bekommen wurde, ohne dass europaweit ein Kahlschlag durch eine Austeritätspolitik wie in Griechenland erfolgte. Allerdings wurden die kleinen Sparer infolge von Zinsen unter dem Inflationsniveau partiell enteignet, während die begüterten Investoren an den Finanzmärkten von dem in die Märkte gepumpten Geld profitierten, und sich so die Ungleichheit hinsichtlich der Vermögensverhältnisse massiv erhöhte. Darum muss sofort, nach der Akutphase einer Krise versucht werden, dass durch Sonderabgaben für Wohlhabende ein Ausgleich geschaffen wird. Das Lastenausgleichsgesetz in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Lasten ausgleichsgesetz) zeigt, dass dies im Falle einer vernünftigen Ausgestaltung möglich ist, ohne eine allgemeine Erholung zu torpedieren.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbankkredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Obgleich ein „deficit spending“ von Keynes ursprünglich nur zum Ausgleich schwerer konjunktureller Einbrüche vorgesehen war, fordern manche eine langfristige Ausweitung der Staatsverschuldung mit dem Argument, dass öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur etc. zukünftigen Generationen zu Gute kommen würden. Dies ist allerdings insofern problematisch, als deren Präferenzen nicht adäquat berücksichtigt werden können. Ist der weitere Ausbau des Straßennetzes inklusive der damit verbundenen Flächenversiegelung, die Erhaltung von Fluglinien, deren Existenz durch die Corona-Pandemie gefährdet war, in ihrer momentanen Größe usw. wirklich im Interesse unserer Nachkommen?

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbankkredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Jede Generation bindet nachfolgende durch ihre sonstigen Entscheidungen bereits mehr als genug. Man denke an aufgebrauchte Ressourcen, Erderwärmung, Hinterlassenschaften wie Atommüll etc. Außerdem halten z. B. moderne Stahlbetonbauten bei weitem nicht so lange wie frühere größere Gebäude und werden viel schneller zum aufwendigen Sanierungsfall. Da braucht es nicht auch noch alte öffentliche Schulden. Im Privatbereich kann ein Erbe ausgeschlagen werden, wenn die Passiva die Aktiva übersteigen. Wie man an vielen überschuldeten Ländern gerade auch im sogenannten globalen Süden sieht, ist die Abwälzung ererbter unvernünftig eingegangener Kredite bei Staaten ungleich schwieriger und vom Entgegenkommen der Gläubiger abhängig, selbst im Falle eines Übergangs von einer Militärdiktatur zur Demokratie.
Darum sollten abgesehen von kurzfristigen Notsituationen mittels wohlüberlegter sozial verträglich gestalteter Steuern, die gleichzeitig Tendenzen zu wachsender Ungleichheit eindämmen, ausreichende Staatseinnahmen sichergestellt werden.

Das Funktionieren und die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates

Maßnahmen zur Abwendung des Wachstumszwanges:

- Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen durch Sozial- und Umweltmindest-standards für alle Produkte und Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt.
- Abfangen von Produktivitätszugewinnen durch eine der Versorgungssituation angepasste allgemeine Arbeitszeitregulierung.
- Unterbinden von Marktkonzentrationen durch ein erweitertes Kartellrecht, sowie eine progressive Unternehmensbesteuerung.
- Bei gewährleisteter guter Versorgung der Bevölkerung können Erlöse aus Produktivitätszugewinnen auch zur Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen ohne Wachstum in Form von Steuererhöhungen abgeschöpft werden. Diese sollten explizit sozial verträglich gestaltet und zur Verringerung der Ungleichheit genutzt werden. Investitionen und Innovationen im Sinne der Nachhaltigkeit sollen jedoch begünstigt behandelt werden.
- Finanzierung der Bewältigung von Krisen kurzfristig durch direkte Zentralbank-kredite, mittel- und langfristig aber durch Sonderabgaben für Wohlhabende.
- Ersetzung des Bruttoinlandsproduktes durch mehrdimensionalen Wohlstandsindex.

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt als maßgebliche volkswirtschaftliche Zielgröße den Wachstumswahn befördert, sollte man diese Maßzahl durch einen differenzierteren mehr-dimensionalen Index zur Beschreibung von Wohlstand und Lebensqualität in einem Land oder auch Wirtschaftsraum ersetzen. Es existieren bereits erste Vorschläge, von denen ein paar etwa im Wikipedia-Artikel zum BIP angeführt sind. (https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt#Alternativen)

Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen

Argumente für eine solidarische öffentliche Gesundheitsversorgung:

- Eine solidarische Gesundheits- und Altersversorgung für die breite Bevölkerung ist eine der Voraussetzungen für einen nachhaltigen demographischen Übergang, da die eigenen Kinder nicht mehr als individuelle Vorsorge herhalten müssen.
- Eine öffentliche Versorgung sichert gerechte Lastenverteilung und Leistbarkeit ohne Diskriminierungen am besten.
- Durch die breite Verfügbarkeit für alle sind Medikamente, Operationsmethoden und andere medizinische Verfahren besser evaluiert, wovon auch Wohlhabendere profitieren.

Wie bereits erwähnt, bildet eine solidarische Gesundheits- und Altersversorgung für breite Bevölkerungsschichten neben einem bescheidenen Wohlstand die Basis für einen nachhaltigen demographischen Übergang, weil dann die eigenen Kinder nicht mehr für die individuelle Vorsorge herhalten müssen.
Eine allgemeine öffentliche Gesundheitsversicherung garantiert eine gerechte Lastenverteilung und die Leistbarkeit am besten. Dadurch sind Diskriminierungen bei größerem persönlichen Risiko oder bei bereits eingetretenem höherem medizinischen Bedarf von vorne herein ausgeschlossen.
Durch die breite Verfügbarkeit für alle sind Medikamente, Operationsmethoden und andere medizinische Verfahren besser evaluiert, wovon im Bedarfsfall auch Wohlhabendere profitieren. Stehen gewisse Mittel und Methoden nur Zusatzversicherten zur Verfügung, so bedeutet dies gleichzeitig, dass es einen geringeren Erfahrungsschatz mit diesen, etwa hinsichtlich seltener, aber trotzdem bedeutender Nebenwirkungen oder Risiken gibt, und Chirurgen wären für aufwendige komplizierte Eingriffe weniger gut trainiert.

Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen

Gründe für die Umlagefinanzierung der Altersversorgung:

- Privat organisierte Altersversorgung bringt Mehrkosten durch Marketingkosten, Dividendenausschüttungen an Aktionäre etc.
- Veranlagungen nach dem Kapitaldeckungsverfahren unterliegen den Risiken der Finanzmärkte.
- Beim Kapitaldeckungsverfahren steht in alternden Gesellschaften ein steigender Bezieheranteil, der seine Veranlagungen für Auszahlungen zu Geld machen will, einem sinkenden in die Vorsorge investierenden Abnehmeranteil gegenüber. Es bildet sich ein strukturelles Überangebot, das zu fallenden Kursen führt und so ohne staatlichen Eingriff für Kleinrentner zur Armutsfalle werden kann.
- Ohne Erträge aus Ländern mit geringem Durchschnittsalter muss der erwerbstätige Teil der Bevölkerung in jedem Fall die Güter und Dienstleistungen für die Pensionierten erarbeiten – direkt oder über Gegenleistungen für Importe.
- Beim Umlageverfahren kann eine durch Alterung steigende Last je nach Lage der Systemeinzahler aufgeteilt, aber auch Auszahlungen sozial angepasst werden.

Begriffserklärungen: https://de.wikipedia.org/wiki/Umlageverfahren https://de.wikipedia.org/wiki/Kapitaldeckungsverfahren

Die in den letzten Jahrzehnten von neoliberalen Kräften propagierte privat organisierte Altersversorgung nach dem Kapitaldeckungsverfahren bringt Mehrkosten durch Marketing, Dividendenausschüttungen an Aktionäre etc. Außerdem unterliegen die Veranlagungen den Risiken der Finanzmärkte.
Ein prinzipieller Vorteil des Kapitaldeckungsverfahrens liegt darin, dass potentiell Erträge aus dem Ausland lukriert werden können. Angesichts von Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung Europas mag dies zunächst als Vorteil erscheinen. Allerdings haben die meisten Volkswirtschaften mit jüngerer Durchschnittsbevölkerung einen enormen Aufholbedarf im Aufbau einer eigenen Infrastruktur und eines gewissen Wohlstandes, sodass es sich eigentlich moralisch verbietet, aus solchen Ländern Mittel abzuschöpfen. Ob dies in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten überhaupt noch möglich sein würde, steht sowieso auf einem anderen Blatt.

Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen

Gründe für die Umlagefinanzierung der Altersversorgung:

- Privat organisierte Altersversorgung bringt Mehrkosten durch Marketingkosten, Dividendenausschüttungen an Aktionäre etc.
- Veranlagungen nach dem Kapitaldeckungsverfahren unterliegen den Risiken der Finanzmärkte.
- Beim Kapitaldeckungsverfahren steht in alternden Gesellschaften ein steigender Bezieheranteil, der seine Veranlagungen für Auszahlungen zu Geld machen will, einem sinkenden in die Vorsorge investierenden Abnehmeranteil gegenüber. Es bildet sich ein strukturelles Überangebot, das zu fallenden Kursen führt und so ohne staatlichen Eingriff für Kleinrentner zur Armutsfalle werden kann.
- Ohne Erträge aus Ländern mit geringem Durchschnittsalter muss der erwerbstätige Teil der Bevölkerung in jedem Fall die Güter und Dienstleistungen für die Pensionierten erarbeiten – direkt oder über Gegenleistungen für Importe.
- Beim Umlageverfahren kann eine durch Alterung steigende Last je nach Lage der Systemeinzahler aufgeteilt, aber auch Auszahlungen sozial angepasst werden.

Begriffserklärungen: https://de.wikipedia.org/wiki/Umlageverfahren https://de.wikipedia.org/wiki/Kapitaldeckungsverfahren

Ohne finanziellen Nettozufluss von Außen muss der erwerbstätige Teil der Bevölkerung einer alternden Gesellschaft die Güter und Dienstleistungen für die Pensionierten (ebenso wie für die noch nicht berufstätigen jungen Menschen) direkt oder über Gegenleistungen für Importe erarbeiten, unabhängig von der Art des Pensionssystems. Beim Kapitaldeckungsverfahren steht unter diesen demographischen Rahmenbedingungen einem steigenden Bezieheranteil, der seine Veranlagungen für Auszahlungen zu Geld machen will, ein sinkender in die Vorsorge investierenden Abnehmeranteil gegenüber. Es bildet sich ein strukturelles Überangebot, das zu fallenden Kursen führt und so ohne staatlichen Eingriff für Kleinrentner zur Armutsfalle werden kann.
Beim Umlageverfahren kann eine steigende Beitragslast so verteilt werden, dass die individuelle Lage von Systemeinzahlern, wie Einkommen oder zu versorgenden minderjährige Kinder etc. mitberücksichtigt wird. Aber auch bei der Auszahlung können relative leicht sozialpolitische Adaptionen gegenüber einem starren Versicherungsprinzip vorgenommen und so Altersarmut eingedämmt werden.

Verteidigung staatlich organisierter Sozialleistungen

Argumente für einen weitgehend kostenlosen Bildungszugang:

- Gleicht die Chancenungleichheit aufgrund der unterschiedlichen Entfaltungs- und Fördermöglichkeiten im Elternhaus wenigstens teilweise aus.
- Erschließt einer Gesellschaft das Potential an Fähigkeiten und Talenten, die sonst verkümmern würden.
- Öffentliche Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau sind aber auch für die Mittelschicht und sogar den kleinen Mittelstand eine Absicherung vor dem Abstieg der nachfolgenden Generation. Ein warnendes Beispiel stellen etwa die vielen, wegen oft horrender Gebühren überschuldeten Absolventen in den USA dar.

Ein weiterer wichtiger Teil des Sozialstaates besteht in einem fairen Zugang zu Bildung. Wenn die Bildungschancen innerhalb einer Gesellschaft unabhängiger vom Einkommen der Eltern sind, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass sich verborgene Talente und Fähigkeitenl zum Nutzen der Gesamtgesellschaft, ja der ganzen Menschheit entfalten können. Für die Mittelschicht und sogar den kleineren Mittelstand sind öffentliche Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau eine Absicherung vor dem Abstieg der nachfolgenden Generation. Was passiert, wenn dies nicht gewährleistet ist, sieht man zum Teil an den vielen wegen horrender Gebühren überschuldeten Absolventen in den USA.

Angesichts der riesigen Herausforderungen vor denen die Menschheit derzeit steht, können wir uns nicht erlauben, einen Teil des Potentials der jungen Generation verkümmern zu lassen.

Abschließende Bemerkungen

Wichtige Grundannahmen in meinen Vorschlägen:

- Viele Schwierigkeiten und Probleme sind mit einander verzahnt und können nur gemeinsam vernünftig angegangen werden.
- Im Sinne des Leitspruchs „Divide et impera“ sollte das Gemeinwesen Wirtschaftssubjekte in einer in Relation zur Hoheitsgewalt und den Mitbewerbern am Markt überschaubaren Größe halten.
- Demokratisch festgelegte Spielregeln und Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls bringen für die meisten Akteure gegenüber einer in den letzten Jahrzehnten zu beobachteten extremen Kapitalakkumulation mehr Autonomie und Freiheit.
- Versuche einer idealistischen Beseitigung jeglicher Klassenunterschiede durch Kollektivierungen etc. haben bislang stets neue Herrschaftseliten hervorgebracht und sind darüber hinaus immer in totalitären Systemen gemündet.
- Die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiter Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten wurden historisch betrachtet im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichenden Sozialstaat erzielt.

Ein wesentlicher Aspekt der von mir präsentierten Vorschläge ist, dass vieles ineinander greift und nicht unabhängig von einander gelöst werden kann. So sind ein wirklich fairer Welthandel und eine realistische Bewältigung der Klimakrise nicht ohne Verbrauchsreduktion zu schaffen. Damit eine solche jedoch das Wohlergehen breiterer Schichten im globalen Norden nicht beeinträchtigt, muss das Produktdesign und der Lebensstil in vernünftiger Weise angepasst werden. Weil in diesem Zusammenhang die allgegenwärtige Konsumpropaganda beendet werden muss, ergibt sich wiederum die Notwendigkeit der Umstellung der Medienfinanzierung. Andere Forderungen wie eine Reform der Abgeltung geistiger Leistungen mögen davon unabhängig erscheinen, aber die derzeitigen Strukturen erschweren den Wissenstransfer in weniger entwickelte Regionen und hemmen die trotz allem notwendigen Innovationen. Gerade das geforderte nachhaltige Produktdesign muss so schnell wie möglich am Gesamtmarkt greifen. Hier wären Blockaden durch einzelne Vorreiter, die ihre guten Ideen für einen befristeten Monopolstatus ausnützen wollen, kontraproduktiv.

Abschließende Bemerkungen

Wichtige Grundannahmen in meinen Vorschlägen:

- Viele Schwierigkeiten und Probleme sind mit einander verzahnt und können nur gemeinsam vernünftig angegangen werden.
- Im Sinne des Leitspruchs „Divide et impera“ sollte das Gemeinwesen Wirtschaftssubjekte in einer in Relation zur Hoheitsgewalt und den Mitbewerbern am Markt überschaubaren Größe halten.
- Demokratisch festgelegte Spielregeln und Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls bringen für die meisten Akteure gegenüber einer in den letzten Jahrzehnten zu beobachteten extremen Kapitalakkumulation mehr Autonomie und Freiheit.
- Versuche einer idealistischen Beseitigung jeglicher Klassenunterschiede durch Kollektivierungen etc. haben bislang stets neue Herrschaftseliten hervorgebracht und sind darüber hinaus immer in totalitären Systemen gemündet.
- Die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiter Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten wurden historisch betrachtet im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichenden Sozialstaat erzielt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen besteht darin, sicherzustellen, dass die gesellschaftlichen Spielregeln ausschließlich in transparenten demokratischen Verfahren festgesetzt werden, die vor einem ungerechtfertigten Einfluss finanzstarker Lobbygruppen geschützt sind. Deshalb müssen Wirtschaftssubjekte mit ihren Partikularinteressen nach dem Leitspruch „Teile und herrsche“ auf einer einigermaßen überschaubaren Größe gehalten werden, auch wenn erfolgreichen Unternehmern, durchaus zugestanden werden soll, dass sie gegenüber schlechteren Mitbewerbern höhere Marktanteile und Gewinne erzielen, solange eine gewisse Verhältnismäßigkeit hinsichtlich einer etwaigen Dominanz nicht überschritten wird.

Abschließende Bemerkungen

Wichtige Grundannahmen in meinen Vorschlägen:

- Viele Schwierigkeiten und Probleme sind mit einander verzahnt und können nur gemeinsam vernünftig angegangen werden.
- Im Sinne des Leitspruchs „Divide et impera“ sollte das Gemeinwesen Wirtschaftssubjekte in einer in Relation zur Hoheitsgewalt und den Mitbewerbern am Markt überschaubaren Größe halten.
- Demokratisch festgelegte Spielregeln und Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls bringen für die meisten Akteure gegenüber einer in den letzten Jahrzehnten zu beobachteten extremen Kapitalakkumulation mehr Autonomie und Freiheit.
- Versuche einer idealistischen Beseitigung jeglicher Klassenunterschiede durch Kollektivierungen etc. haben bislang stets neue Herrschaftseliten hervorgebracht und sind darüber hinaus immer in totalitären Systemen gemündet.
- Die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiter Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten wurden historisch betrachtet im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichenden Sozialstaat erzielt.

Leider sind bislang Versuche zur Verwirklichung egalitärer Utopien gescheitert. Stets haben, wie in Orwells Allegorie „Animal Farm“ neue Herrschaftseliten die Macht übernommen und das Ganze mündete in totalitären Systemen. (vgl. Orwell, G., & Walter, M. (2012). Farm der Tiere: Ein Märchen (43. [Aufl. Nachdr. d. Ausg. von 1982]). Zürich: Diogenes.)

Trotz aller Unzulänglichkeiten wurden, historisch betrachtet, die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiter Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichendem Sozialstaat erzielt.

Allerdings beruhten diese Erfolge in der Vergangenheit zum Teil auf der Ausbeutung der Natur und von Menschen im globalen Süden bzw. auch in Schwellenländern. In der bisherigen Form ist das System nicht aufrecht zu erhalten. Darum braucht es rasch kluge Reformen, damit wir nicht in ein für uns schwer erträgliches Ausmaß der Erderwärmung, in globale Ressourcenkonflikten oder einen technisch gestützten Totalitarismus stürzen, sondern uns und auch nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft in Frieden und Freiheit offen halten.

Abschließende Bemerkungen

Wichtige Grundannahmen in meinen Vorschlägen:

- Viele Schwierigkeiten und Probleme sind mit einander verzahnt und können nur gemeinsam vernünftig angegangen werden.
- Im Sinne des Leitspruchs „Divide et impera“ sollte das Gemeinwesen Wirtschaftssubjekte in einer in Relation zur Hoheitsgewalt und den Mitbewerbern am Markt überschaubaren Größe halten.
- Demokratisch festgelegte Spielregeln und Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls bringen für die meisten Akteure gegenüber einer in den letzten Jahrzehnten zu beobachteten extremen Kapitalakkumulation mehr Autonomie und Freiheit.
- Versuche einer idealistischen Beseitigung jeglicher Klassenunterschiede durch Kollektivierungen etc. haben bislang stets neue Herrschaftseliten hervorgebracht und sind darüber hinaus immer in totalitären Systemen gemündet.
- Die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiter Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten wurden historisch betrachtet im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichenden Sozialstaat erzielt.

Im Sinne dieser Hoffnung bilden die hier präsentierten Vorschläge den Versuch, bisher teilweise weniger häufig vorkommende Ideen, etwa in Richtung Suffizienz und Postwachstum, für einen nachhaltigen Wandel der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft in die politische Debatte einzubringen.

Manches ist gewiss noch ziemlich unausgereift und benötigt weitere eingehende sachliche Diskussionen.

Damit die ersehnte lebenswerte Zukunft für möglichst alle kein naiver Wunschtraum bleibt, wie dies bei den Flower Power Phantasien der 1968er Bewegung leider passiert ist, würde ich mich freuen, wenn die vorgebrachten Überlegungen als Anregungen zu einem ernsthaften und vor allem um schonungslose Redlichkeit bemühten Weiterdenken aufgegriffen würden.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Linz, April 2023 Werner Ginzinger

Die PDFs der Präsentation (Handzettel zum Ausdrucken, Bildschirmversion zur Nutzung mit dem PDF-Präsentationsmodus) sind kostenlos unter den „Downloadoptions“ folgender Seite des Internet Archives verfügbar: https://archive.org/details/lebenswerte_zukunft-text-v3/

Bitte bringen Sie sich selbst in den eben angesprochenen seriösen gesellschaftspolitischen Diskurs aktiv ein.

Damit danke ich für die Aufmerksamkeit.